

3. 1927

Jahrgang VII Nr. 6

2. Märzheft 1927

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatsdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Beethoven. Von Dr. Karl Robald. — Rede des
Reichstanzlers Dr. März am 5. März 1927 im Reichstag. — Zur
Frage der Aufbringung der Darlehenzahlungen. Von Dr. h. f. Berger. —
Die neue amtliche Großhandelsinbeziffer. Von Dr. Alfred Jacobs.

In Kommission:
Zentralverlag
S. M. Berlin W 35
h. D.
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Beethoven 1770-1827

Nach einer Steinzeichnung von Karl Bauer-München

Beethoven.

Von Dr. Karl Kobald, Ministerialrat im Oeffr. Unterrichtsministerium.

In der alten Rheinstadt Bonn befindet sich ein schlichtes, kleines Bürgerhaus, bei jedes Schmudes und Gierates. Man gelangt über eine schmale Treppe zu einer engen Dachkammer, zu der alljährlich Scharen von Menschen aus aller Herren Länder in tiefer Andacht pilgern. Zwischen hohen Wänden steht dort auf schlichtem Pofament ein Bildnis, auf dessen hohe Stirn zuweilen ein leuchtender Sonnenstrahl fällt; vor dem Sockel liegt ein Lorbeerkranz, der nie verwelkt. Hier wurde im Dezember des Jahres 1770 dem kölnischen Hofmusiker Johann van Beethoven ein Sohn geboren, der den Namen Ludwig erhielt. Aus dieser kleinen dampfen Dachkammer ging der Genius hervor, von dem in alle Länder der Welt eine neue Botschaft des Heils drang, die Schwachen und Verzagten auftrüttelte, die Starken zu sittlich großer That befeuernd, der Genius, aus dessen Seele jubelnd die wunderbare Weise strömte, die alle Menschen zu Brüdern macht.

Das Leben Beethovens war von Leid erfüllt. Schon auf seine Kindheit fielen infolge unglücklicher Familienverhältnisse die Schatten eines tragischen Geschicks. Bald erregte das Kind durch sein Klavierpiel und sein freies Fantasieren die Bewunderung der Bonner Musikfreunde, besonders nachdem er in Christian Gottlob Neefe, einem feinsinnigen Musiker, einen Lehrer gefunden hatte, der zielbewußt seine hervorragenden Fähigkeiten weiter bildete. Im Jahre 1787 unternahm der junge Condiichter dann seine erste Reise nach Wien, um hier den Unterricht des damals berühmtesten Meisters der Töne, Mozart, zu genießen. „Auf den geht acht, der wird einmal in der Welt von sich reden machen“ soll Mozarts Urteil gelautet haben. Infolge der schweren Erkrankung seiner Mutter kehrte Beethoven jedoch bald wieder nach Bonn zurück, wo ihn das gleichmüthige Leben der Residenz erneut umfing. Kurz nach dem Tode seiner Mutter wurde er zum kurfürstlichen Kammermusiker ernannt und hatte, da sein Vater aus dem Dienste entlassen worden war, neben dem eigenen nun auch den Unterhalt seiner beiden jüngeren Brüder zu bestreiten.

Ein wichtiges Ereignis war es für Beethovens weiteres Leben, als im Jahre 1791 der große österreichische Komponist Josef Haydn auf seiner Reise nach London auch in die Rheinstadt kam, wo der junge Condiichter Gelegenheit hatte, ihm einige seiner Kompositionen vorzulegen. Als sich der Wiener Meister günstig über sie ausgesprochen und zugleich bereit erklärt hatte, Beethovens Unterricht zu erteilen, reiste dieser im folgenden Jahre wieder nach Wien.

Die Stadt, die nun des Condiichters zweite Heimat wurde, genoß damals mehr denn je den Ruhm und das Ansehen der ersten Musikstadt Europas, die war der Weltmarkt des Musiklebens. Hier hatten in der Barockzeit die Condiichter Cesti, Draghi, Schmelzer, Caldara, Reutter, Jng, Porfille, Wagenfeil u. a. gewirkt und die Keime zur weiteren Entwicklung der österreichischen Condiunst gelegt, hier hatte Gluck sein Reformwerk, Mozart seine Meisterwerke geschaffen und damit der deutschen Oper die Bahn gebrochen. Noch lebte Altmeyer Haydn, der die Instrumentalmusik zur Höhe geführt, sieben Jahre, als Beethoven in Wien weilte, und schrieb in diesen Jahren seine bedeutendsten Condiichtungen, die „Schöpfung“, die „Jahreszeiten“, das populäre österreichische Lied, die „Volksymme“. Haydn war damals die musikalische Berühmtheit Wiens, und Beethoven war es vermöge, eine Zeitlang seinen Unterricht zu genießen. Sein Genie und warme Empfehlungen von Freunden ebneten ihm schnell die Wege in jene adeligen Kreise, die damals das Wiener Musikleben beherrschten; sie wurden freigebige Gönner und Förderer seiner Muse. So erwachte er sich bald in Wien als ausübender Künstler und Komponist eine geachtete und gesicherte Stellung, die es ihm ermöglichte, bis zu seinem Tode als freier und unabhängiger Condiichter zu wirken. Sein Leben schien sich immer günstiger zu gestalten. Da traf ihn ein harter Schicksalschlag: Im Jahre 1798 begann sein Gehörleiden, das in allmählicher Steigerung zu-

legt in völlige Taubheit übergehen sollte. Schwer bedrückt dieses Leiden das Gemüth Beethovens. Er floh in die Einsamkeit der Natur, eine wehmüthvolle Stimmung überfiel ihn, sein Stolz und Selbstbewußtsein brachen zusammen, er wollte aus dem Leben fliehen. „O ihr Menschen, die ihr mich für feindselig, bössisch oder misanthropisch haltet“, schrieb er damals in dem denkwürdigen „Heiligenstädter Testament“, „wie unrecht tut ihr mir, ihr wißt nicht die geheime Ursache von dem, was euch so scheint. Mein Herz und mein Sinn waren von Kindheit an für das zarte Gefühl des Wohlwollens; selbst große Handlungen zu verrichten, dazu war ich immer aufgelegt. Aber bedenket nur, daß seit sechs Jahren ein heilloser Zustand mich befallen, durch unvernünftige Ärzte verschlimmert, von Jahr zu Jahr in der Hoffnung gebessert zu werden, betrogen, endlich zu dem Aberblid eines dauernden Übels (dessen Heilung vielleicht Jahre dauern oder gar unmöglich ist) gezwungen, mit einem feurigen lebhaften Temperamente geboren, selbst empfänglich für die Zerstreuungen der Gesellschaft, mußte ich früh mich abändern, einsam mein Leben zubringen; wollte ich auch zuweilen mich einmal über alles das hinaussetzen, o wie hart wurde ich durch die verdoppelte traurige Erfahrung meines schlechten Gehörs dann zurückgejogen, und doch war's mir noch nicht möglich, den Menschen zu sagen: Sprecht lauter, schreit, denn ich bin taub; ach wie wär es möglich, daß ich dann die Schwäche eines Sinnes angeben sollte, der bei mir in einem vollkommenen Grade als bei andern sein sollte, einen Sinn, den ich einst in der größten Vollkommenheit besaß, in einer Vollkommenheit, wie ihn wenige von meinem Kache gewiß noch gehabt haben.“

Doch die Flucht in den Frieden der Natur, das Empfinden ihrer alles heilenden Kraft, der Glaube an den Wert der Kunst, der Rausch des schöpferischen Menschen halfen ihm, den Gedanken der Selbstvernichtung zu befeigen. Aus der grenzenlosen inneren Not erwuchs ihm die festsigste, moralische Kraft zur Überwindung von Hemmung und Mißgeschick. Jetzt sprach nur mehr das innere Wesen der Dinge zu ihm. Jetzt fühlte und verstand seine Seele den Wald, den Bach, den Gesang der Vögel, den Zug der Wolken, das Brausen des Sturmes. Es drängte ihn nach Überwindung des tragischen Schicksals, nach dem Wiederfinden des eigenen Ich zur unendlichen, unerschöpflichen Natur.

Das schwere Leid wirkte bestimmend auf seinen ferneren Lebensgang. Die Thätigkeit als schöpferischer Künstler füllte von nun an immer ausschließlich sein Leben aus und die ausübende als Virtuose trat in den Hintergrund. Den Winter hindurch widmete er sich in der Hauptstadt der Sorge für die Aufführung seiner Werke; in der schönen Jahreszeit lebte er einsam und zurückgezogen in einem der Orte von Wiens Umgebung. In den stillen verträumten Gassen von Heiligenstadt, Gröning, Aufdorf, Mödling, Baden stöken wir noch heute auf alte idyllische Häuser, wo uns schlichte Gedenktafeln von Beethovens Schaffen und Leben Kunde bringen. In seinem körperlichen und seelischen Leiden wurde die Natur Beethovens Trösterin, in seinem künstlerischen Schaffen die wendende, schützende Muse.

Einen Lichtpunkt in seinem weiteren Leben bildeten die Tage des Wiener Kongresses, wo sein Genie die Bewunderung aller Festgäste der Stadt erregte. Seine Werke wurden jubelt, Kaiser und Könige, Feldherren und Staatsmänner huldigten ihm, Dichter feierten ihn in schönen Versen, die Stadt Wien verlieh ihm das Ehrenbürgerrecht. Beethovens glänzender Aufstieg zur leuchtenden Höhe des Welttrahms war damals mit einem welthistorischen Ereignis zusammengetroffen, fast alle beim Wiener Kongreß versammelten Herrscher und erlauchten Geister Europas hatten in der denkwürdigen Kongrertakademie, die am 29. November 1814 im großen Redoutensaal stattfand und bei der Beethovens VII. Sinfonie, die Kantate „Der glorreiche Augenblick“ und die Schlacht-Sinfonie „Wellingtons Sieg“ zur Aufführung gelangten, dann auch in den Sibelio-Aufführungen im

Kärntnertheater, bei den musikalischen Reunionen im Palais des Fürsten Rasumofsky die Ruhmesurkunde des Meisters befestigt. Beethoven wurde als erste Persönlichkeit im damaligen hochgeachteten Wiener Künstlerleben anerkannt, er konnte sich mit Recht als ein König der Kunst fühlen.

Es war in jenen glänzenden Tagen das Lehramt, daß er in den Kreisen der großen Gesellschaft verkehrte. Von da an wurde infolge zunehmender Taubheit und sonstiger Leiden sein Leben immer einsamer. Je reifer er als Künstler ward, um so gleichgültiger wurden ihm die Außenwelt und alles, was mit ihr zusammenhing. Taub, für den menschlichen Verkehr ungeeignet, zog er sich immer mehr auf seine Seele zurück und lebte und wohnte in der inneren Welt seiner Empfindungen und Gedanken, suchte die Natur und die Einsamkeit, nur hingeehrt seinem künstlerischen Schaffen.

Nach schwerem Leiden, unter welchem jedoch seine schöpferische Kraft keineswegs erlahmte, sich vielmehr zu immer höherer genialer Eigenart steigerte, starb er im 57. Jahre seines Lebens. Das ganze geistige Wien strömte zu der Leichenfeier des Meisters. Vor dem Tore des Währinger Friedhofes, in dem der große Komponist seine letzte Ruhestätte fand, hielt der Hofkassapriester Anshütz jene berühmte, vom Dichter Franz Grillparzer verfasste Grabrede: „... Wie der Beheimo die Meere durchstürmt, so durchsiefst du die Grenzen seiner Kunst. Vom Giren der Taube bis zum Rollen des Donners, von der spitzfindigsten Verwebung eigen-

finniger Kunstmittel bis zu dem furchtbaren Punkt, wo das Gebildete übergeht in die regellose Willkür streitender Naturgewalten, alles hatte er durchgemessen, alles erfaßt. ... Mädelade und Leonore! Feier der Helden von Vittoria und des Meßopfers demütigtes Lied! Kinder ihr der drei- und viergeteilten Stimmen! Brausende Symphonie: „Freude, schöner Götterfunken“, du Schwanengesang! Mufse des Liebes und des Saitenpfeiles! stellt euch rings um sein Grab und bestreut's mit Lorbeer!“

Hundert Jahre sind seit dem Tode des großen Meisters verfloßen, aber unermüdet blühen bis zum heutigen Tage seine Schöpfungen. Seine Meisterwerke, die neun Sinfonien, die Missa solennis, die Oper „Fidelio“ und seine Kammermusikwerke bilden noch heute das Hauptprogramm des öffentlichen Musiklebens der Welt. In den stillen Stuben unserer Wohnungen klingen seine Sonaten und Quartette als Perlen erlebter Hausmusik, wenn sich Gleichgesinnte und Gleichgestimmte zum künstlerischen Genießen zusammenfinden. Das stolze Wort, das Beethoven selbst einmal über seine Musik gesagt, daß keiner, dem sie sich wirklich erschlossen habe, jemals wieder ganz unglücklich werden könne, gilt noch heute. Wenn eines der großen Werke des Meisters zu tönen beginnt, schwellen alle widerstrebenden Meinungen, verflümmen Zweifel und Sorge. Andacht und Hingebung durchdringen die Herzen, die Beethovens Musik emporführt in die von allem Irdischen freie, lichte Sonnenhöhe wahren Menschentums.

Reichskanzler Dr. Marx zum Abschluß der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes.

Rede anlässlich einer Feier des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände
vom 3. März 1927 im Reichstag.

„Hochansehnliche Festerversammlung!

In meinem Beitrag zu der vom Arbeitsausschuss Deutscher Verbände herausgegebenen Festschrift, die den Abschluß der Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes feiert, habe ich dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß die Enttüllung der Wahrheit über die Vorgeschichte des Weltkrieges eine Tat im Sinne der Völkervernähmung ist. Ich möchte diesen Gedanken heute abend mit einigen Worten weiter ausführen, denn er scheint mir mehr in sich zu schließen, als auf den ersten Blick zu erkennen ist.

Immer stärker regen sich in allen Ländern diejenigen Kräfte, die daran arbeiten, die Gegensätze zwischen den Nationen zu überwinden, die sich darum bemühen, ein Zusammenarbeiten herbeizuführen. Eine deutliche Strömung zur Eintracht macht sich auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete geltend. Aber diese Strömung wird, wie niemand bestritten kann, vor allem durch eine noch immer überaus gewaltige Macht gebremst: durch die Erinnerung an das große und furchtbare Erlebnis der europäischen Völker, das der Weltkrieg war. Der Kampf aller gegen alle, der als Ausfluß einer besonderen Zeitperiode die Nationen unseres Kontinentes schon lange vor 1914 zu entzweiten begann, liegt uns irgendwie noch im Blute, beherrscht noch unbewußt das Denken vieler Kreise und hemmt sich der Idee der Versöhnung entgegen. Das ist nach dem, was geschehen ist, durchaus begreiflich, aber es bedeutet zugleich die eigentliche Gefahr für jene Eintracht, von der ich eben sprach. Da gibt es, wie mir scheinen will, nur ein Mittel, das Hindernis zu überwinden. Wir müssen uns über den Sinn und das Wesen des ungeheuren Erlebnisses Weltkrieg, das hinter uns liegt, klar zu werden versuchen. Und für diese Arbeit, die nicht nur für unser eigen Volk, sondern für die ganze Menschheit ungemein wichtig ist, bedeutet die Publikation der deutschen Vorkriegsaktens einen Beitrag, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Wir dürfen es ohne Annahme mit einem berechtigten Stolz aussprechen: Wir Deutschen waren die ersten, die den Weg zur Enttüllung der Wahrheit betreten haben. Als man uns auf die Anklagebank verwies und uns mit dem furchtbaren Vorwurf belastete, daß wir allein oder zusammen mit unseren

Bundesgenossen das Unglück Europas entfesselt hätten, da saßen wir den Beschluß, von dem durch die Ankläger gefällten Urteil an die einzig sicheren Zeugen zu appellieren, die über unsere Absichten und Taten in der Vorkriegszeit Aufschluß zu geben vermochten: an die diplomatischen Urkunden, in denen diese Absichten und Taten niedergelegt sind. Wir haben ohne Rücksicht auf uns selbst die Schleier von unseren Geheimnissen gelüftet und drei einwandfreien Gelehrten die bisher sorgfältig verschlossenen Archive geöffnet, um alle Urkunden, die irgendwo ein Licht auf unsere Politik in der Epoche von 1871 bis 1914 werfen konnten, der Öffentlichkeit unterbreiten zu lassen. Wir wollen für der Welt die Möglichkeit geben, die Wirklichkeit klar zu sehen. Auf diese Weise hoffen wir den großen Streit um die Verantwortung von dem Feld der Leidenschaft auf das Gebiet der ehrlichen Einsicht hinüberzuführen, denn nur dort kann eine Klärung und ein wahrhaftiges Urteil gewonnen werden. Wir dürfen wohl heute schon feststellen, daß auf Grund der von uns veröffentlichten Akten niemand mehr an den Beschluldigungen festhalten kann, die eine hagerfüllte Kriegspropaganda gegen uns über die ganze Welt verbreitete. Gerade hierin aber erblicken wir einen großen Fortschritt zugleich im Sinne der Versöhnung. Denn wie kann eine wahre Eintracht erzielt werden, solange im Kreise der Völker eines oder einige moralisch gebrandmarkt bleiben?

Unsere Aktenpublikation, die dem hohen Zwecke der Wahrheit und der geistigen Befreiung dienen soll, ist nunmehr abgeschlossen. Wir wollen den Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne den Herausgebern: Herrn Dr. Friedrich Chimme und Professor Mendelssohn-Bartholdy, die sich ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe mit unermüdlichem Eifer und tiefer Aufrichtigkeit gewidmet haben, von ganzem Herzen für die von ihnen geleistete Arbeit zu danken. Unser Dank gilt weiter dem Herrn Oberst Schwertfeger, der durch seine Wegweiserbände die Aktenpublikation ergänzt und ihre Benutzung erleichtert hat, und nicht zuletzt dem Verleger, dem Leiter der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Herrn Hans Moeller, der alle Schwierigkeiten energisch und zielbewußt überwand und damit eine glückliche und erfolgreiche Beendigung des großen Werkes ermöglichte.

Das glücklich vollbrachte Werk ist von größter Bedeutung für uns alle, und es hat, schon im Entfalten, gerade in der Richtung gewirkt, die ich eben gekennzeichnet habe. Auch andere Regierungen haben nämlich beschloffen, unserem Beispiel zu folgen und ihre Archive zu öffnen. Soeben ist der erste Band der englischen Aktenpublikationen erschienen, der

die Krisentage des Jahres 1914 behandelt. Und wie verlaute, werden noch mehrere ähnliche Unternehmungen geplant. Dadurch hat unser Kampf um Wahrheit und Verständigung immer wachsende Ausichten auf den endgültigen Sieg. In diesem Sinne heiße ich den Abschluß unserer Publikationen als ein bedeutungsvolles und freudiges Ereignis willkommen."

Zur Frage der Aufbringung der Daweszahlungen.

Von Dr. H. F. Berger, Oberregierungsrat.

Während der Reichsfinanzminister in seiner Etatsrede vor dem Reichstag erklärte, daß er im gegenwärtigen Momente noch keine Möglichkeit erkenne, wie wir trotz allen guten Willens die „Normalzahlungen“ des Dawesplans samt ihren Zuschlägen aus dem Wohlstandsindex aufbringen können, wurde aus Amerika der Auszug eines Berichts des Bankiers und Mitgliebes des 2. Sachverständigenausschusses (Kapitalflucht) Robinson, bekannt, nach dem Deutschland jetzt sehr wohl in der Lage sei, seine vollen Reparationszahlungen zu leisten. Beide Äußerungen sind teils entstellend, teils herausgerissen aus dem Zusammenhang wiedergegeben und politisch ausgeschlachtet worden. Bei näherer Betrachtung gewinnt man indessen den Eindruck, der sich insbesondere auch bei der Skizze der Silberthens Berichte ausdrückt: daß es unmöglich ist, dem reichlich komplizierten Reparationsproblem mit Schlagworten beizukommen, und daß man sich ein abschließendes Urteil erst nach Prüfung aller in Frage kommenden Einzelheiten bilden kann.

Zu dem ersten Fall ist nur zu sagen, daß der Minister in der gleichen Rede versicherte, daß Deutschland auch weiterhin tun würde, was in seinen Kräften liege, um die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen, mit der — selbstverständlichen — Maßgabe, daß ihm hierzu auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben werden. Er hat damit das Bekenntnis zu der Reparationspolitik der früheren Kabinette abgelegt und in dem eingangs erwähnten Satz im Ergebnis seine andere Feststellung als Mr. Gilbert getroffen, der auch seinerseits in dem letzten Bericht es für unmöglich erklärte, ein abschließendes Urteil über die künftigen Ausichten des Dawesplans zu fällen.

Der Bericht Robinsons liegt im Wortlaut noch nicht vor. Robinson hat aber seine Gedankengänge in einem Aufsatz*) vom vorigen Oktober bereits näher dargelegt; die Auszüge des jetzigen Berichts enthalten demgegenüber wenig Neues. Will man den Robinsonschen Gedankengängen folgen, so muß man zunächst davon ausgehen, daß Robinson Geschäftsmann, d. h. Bankier, ist, der als solcher ein Gutachten über die Zweckmäßigkeit und Sicherheit amerikanischer Anleihen in Europa und vor allem in Deutschland erstattet. Robinson behauptet die Sicherheit und Zweckmäßigkeit von Anleihen in Deutschland und macht lediglich ein Fragezeichen hinter Anleihen politischer Körperschaften, wobei ihn vielleicht der theoretische Streit beeinflusst haben mag, der vor einiger Zeit über die Frage entbrannt war, ob die Reparationszahlungen gegenüber dem Dienst solcher Anleihen den Transfervorrang genießen oder nicht. Zum Beweise für sein Urteil hat Robinson die eingangs zitierte Behauptung aufgestellt und sie mit einigen Argumenten zu unterstützen versucht. Er meint, die Kosten der Vorkriegsruftung Deutschlands seien bei Berücksichtigung aller Faktoren ebenso hoch gewesen, wie die Normalannuitäten des Dawesplans (2½ Milliarden). Hierbei geht Robinson zweifellos von falschen Voraussetzungen aus; denn einmal müssen die gegenwärtigen, verhältnismäßig hohen Rüstkungsausgaben in Abzug gebracht werden, sodann sind die gewaltigen Versor-gungs-lasten zu berücksichtigen, die uns die frühere Wehrmacht und der Krieg hinterlassen haben, und endlich ist das Arbeitslosenheer in Rechnung zu ziehen, gegen das wir vor dem Kriege durch die Wehrpflicht und die Größe des Heeres zum großen Teile sozusagen versichert waren. Rechnet man diese Faktoren zusammen, so ergibt sich, daß die Daweszahlungen dadurch mehr als wettgemacht werden.

Das Problem der Aufbringung der Reparationsleistungen liegt also keineswegs so einfach, wie es Robinson glauben machen will. Es gestaltet sich auch dadurch nicht einfacher, daß Robinson uns vorredet, daß die Reparationsbelastung lediglich den 20. Teil des National-einkommens ausmache und, in Arbeit ausgedrückt, „nur“ etwa zwei Gratsarbeitsstunden in der Woche für den deutschen Arbeiter bedinge. Abgesehen davon, daß die Zahlenunterlagen für diese Angaben unzuverlässig sind, ist es verfehlt, die Frage der Aufbringung der Reparationslasten allein für sich zu betrachten, ohne alle sie beeinflussenden Faktoren in Betracht zu ziehen. Insbesondere läßt sich auch ein Vergleich der fiskalischen Belastung der einzelnen Schuldnerländer nicht mit so einfachen Methoden, wie sie Robinson, Kemmerer und andere namhafte Amerikaner empfehlen, anstellen, weil dieses Problem anerkanntermaßen viel zu kompliziert ist. Worauf es hierbei ankommt, wäre allenfalls die Feststellung, was dem einzelnen nach Berücksichtigung aller steuerlichen und sonstigen Lasten zum Lebensunterhalt verbleibt; aber selbst diese Feststellungen lassen sich, falls sie überhaupt einwandfrei ergoßen können, nur mit Vorbehalten zu internationalen Vergleichen heranziehen. Ebenso wäre es falsch, sich lediglich auf die Untersuchung der einzelnen Aufbringungsquellen zu beschränken und festzustellen, daß etwa bei der Reichsbahn die Dinge einfacher lägen als bei der Industrie oder dem Reichshaushalt. Bei der Prüfung der Aufbringungsfrage sind vielmehr alle Auflagen zu berücksichtigen, die die Wirtschaft und die arbeitende Bevölkerung zugunsten der öffentlichen Hand belasten, und erst eine längere praktische Erfahrung auf Grund einer geordneten, sparsam funktionierenden und ausgeglichenen Gesamtwirtschaft wird ein Urteil ermöglichen, wieviel die Aufbringung der Reparationslast auf die Dauer möglich und mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands vereinbar ist. Von einer geordneten Wirtschaft und klaren Erkenntnisquellen für die endgültige Steuerkraft sind wir aber s. Zt. noch sehr weit entfernt, und es ist schließlich etwas ganz anderes, dauernde Ertragszahlungen, die in das Ausland fließen, zu extrahieren, als Steuern für innere Zwecke aufzubringen. Auch Mr. Gilbert hat in seiner Rede in New York im Januar 1926 betont, daß große Schuldenzahlungen unter den Völkern einen ungewissen (almost an untied) Faktor darstellen.

Eine geforderte Untersuchung des Aufbringungs- und des Transferproblems kann also nicht zu konkreten Schlussfolgerungen führen; beide bilden vielmehr für Deutschland ein einheitliches Problem. Dies wird am besten durch die Funktion unserer Ausfuhrindustrie veranschaulicht, die einen wesentlichen Teil der deutschen, der Tragung der Steuerlasten dienenden Volkswirtschaft bildet. Ohne Einschränkung entsprechender Absatzmärkte wird es uns nicht möglich sein, den erforderlichen Ausfuhrüberschuß zu erzielen, der es nach Auffassung der Sachverständigen allein ermöglichen kann, daß Deutschland die Reparationszahlungen für die Dauer leistet. Die Bemühungen unserer Gläubigerländer, Sachleistungen großen Stils zu beziehen, bringen die Lösung des Reparationsproblems keinen Schritt weiter — sie verhindern höchstens einen Rückschritt —, da die deutsche Ausfuhr zunächst einmal durch einen entsprechenden Überschuß der normalen Handelsausfuhr verdient werden muß.

Es genügt aber nicht allein, die Ausfuhrindustrie wettembergsfähig und erfolgreich zu gestalten, sondern darüber hinaus ist eine Steigerung des Produktions- und Absatzumfanges im allgemeinen erforderlich, wenn eine weitere Voraussetzung des Dawesplans, nämlich die Aufrecht-

*) Foreign Affairs, New York, Oktober 1926.

erhaltung einer angemessenen Lebenshaltung in Deutschland, gewahrt bleiben soll. Denn wenn es auch klar ist, daß wir die Reparationszahlungen nicht ohne besondere Anstrengungen und angepanzte Arbeit abtragen können, so ist es doch ebenso selbstverständlich, daß eine Verformung der sozialen und kulturellen Erzeugnisse Deutschlands durch diese Tribute nicht eintreten darf. Bei der weitgehenden Wirtschaftsverflechtung der Länder werden diese Voraussetzungen zu wesentlichen Teilen von dem Verhalten der Gläubigerländer und der Entwicklung der Weltwirtschaftsprojunktur abhängen. Zweifellos bilden die Kosten der interalliierten

Schulden auf der einen Seite, die dem Deutschen Reich auferlegten Reparationen auf der anderen Seite eine Erschwerung des Fortschreitens der Weltwirtschaft und des Welthandels. Wie weit das weitaus am stärksten durch Auslandsverpflichtungen betroffene Land, nämlich Deutschland, sich wirtschaftlich konsolidieren und darüber hinaus an einem etwaigen Fortschritt teilnehmen können, wie weit es mithin imstande sein wird, sich seiner Verpflichtungen entledigen zu können, ist heute noch keineswegs zu übersehen; hierzu wird allein — wie die Sachverständigen richtig voraussetzten — Erfahrung den Lehrenmeister abgeben.

Der rumänisch-französische Bündnisvertrag.

Die Friedensverträge sollten nach der Absicht ihrer Schöpfer eine neue Weltordnung in Europa begründen, die für alle Ewigkeit Bestand hätte. Die tatsächliche politische Lage Europas, wie sie sich seither entwickelt hat, steht im schroffen Gegensatz zu diesem Ziel. Nichts veranlaßt besser und eindringlicher die Unsicherheit als die fast unübersichtliche Anzahl der Verträge, die zwischen den einzelnen Staaten in den Jahren nach den Friedensverträgen geschlossen worden sind. Wir leben in einer Zeit der Verträge. Und dies trotz des Völkerbundes, der ja eigentlich gerade dazu berufen sein soll, die zwischenstaatlichen Vereinbarungen allmählich auszuwaschen und die Stabilität der Verhältnisse durch ein international anerkanntes Recht zu sichern. Je zahlreicher aber die Verträge sind, desto wirkungsloser werden sie, denn es ist ja nur zu begreiflich, daß sie sich in ihrer Vielheit oft überschneiden und durchkreuzen und schließlich gegenseitig paralisieren müssen. So kommt es, daß den internationalen Verträgen, trotzdem gerade in unserer Zeit soviel von ihrer Heiligkeit gesprochen wird, immer weniger Bedeutung beigemessen wird, ja, daß man sie mitunter nicht mehr ganz ernst nimmt.

In der letzten Zeit ist zu den vielen schon bestehenden Verträgen ein neuer dazu gekommen, dem man aus verschiedenen Gründen und in verschiedenen Beziehungen eine größere Bedeutung nicht absprechen kann. Es ist der am 10. Juli 1926 unterzeichnete und im Januar 1927 veröffentlichte rumänisch-französische Vertrag. Dieser besteht aus drei Teilen. Der erste ist ein Handelsvertrag, in dem sich beide Kontrahenten verpflichten, keinen Angriff und keinen Krieg zu unternehmen. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht in Ausübung des Rechts und der legitimen Verteidigung sowie der zum Völkerbund etwa zu unternehmenden Aktionen. Alle die beiden Länder betreffenden künftigen Fragen sollen auf friedlichem Wege, sei es durch ein von ihnen bestelltes Schiedsgericht, sei es durch eine Vergleichskommission des Völkerbundes, geregelt werden. Im Einvernehmen mit dem Völkerbund sollen alle Fragen gemeinsam geprüft werden, die geeignet sind, die äußere Sicherheit Frankreichs und Rumäniens zu gefährlichen. Im Fall eines nicht provozierten Angriffs gegen Frankreich oder Rumänien soll man sich unverzüglich über eine gemeinsame Aktion verständigen, die sich den Bestimmungen des Völkerbundes und der von den beiden Ländern unterzeichneten Verträge anpaßt. Einer Änderung oder dem Versuch einer Veränderung des politischen Status Europas gegenüber ist vorbehaltlich der vom Völkerbund zu treffenden Entscheidungen, eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Die beiden Parteien erklären, daß die Bestimmungen dieses Vertrages nicht so ausgelegt werden dürfen, daß sie zu den von Frankreich und Rumänien bisher abgeschlossenen Verträgen betreffend die europäische Politik in Gegensatz gebracht werden können, und daß sie ähnliche, mit anderen Mächten abzuschließende Verträge sich gegenseitig bekanntgeben. Schließlich sollen die Rechte und Pflichten der beiden Staaten als Mitglieder des Völkerbundes durch den neuen Vertrag unberührt bleiben. Das Abkommen tritt nach seiner Ratifizierung auf zehn Jahre in Kraft und kann ein Jahr vor Ablauf der Frist gekündigt werden.

In diesen Freundschaftsvertrag schließt sich ein Schiedsgerichtsabkommen an, das im einzelnen das oben erwähnte Schiedsverfahren regelt.

Wenn auch nicht am wichtigsten, so doch am interessantesten ist der dritte Teil: das Zusatzprotokoll, worin von rumänischer Seite die von dem seinerzeitigen Ministerpräsidenten Brătianu auf der Konferenz von Genoa abgegebenen Erklärungen wiederholt werden, wonach sich Rumänien verpflichtet, Rußland nicht anzugreifen. Diese Verpflichtung wird auch auf alle anderen Nachbarn Rumäniens ausgedehnt. Im einzelnen wird diese Verpflichtung dahin interpretiert, daß Rumänien Rußland nicht mit regulären Truppen angreift und auch nicht die Bildung irregulärer Truppen, die einen Angriff auf Rußland zum Ziel haben, auf seinem Gebiet duldet.

Der Vertrag als solcher ist zweifellos nicht neuen Datums. Von seinem Bestehen, wenn auch nicht von seinen einzelnen Bestimmungen, hatte man schon lange vor seiner Veröffentlichung Kenntnis. Neu ist nur das Schlußprotokoll. Die demokratische Bukarester Zeitung „Adevărul“ hat vor einigen Tagen über die Vorgeschichte des Bündnisvertrages Enthüllungen veröffentlicht; nach diesen ist der Vertrag bereits anläßlich des Besuchs des rumänischen Königspaares in Paris im Frühjahr 1924 zustande gekommen, aber nicht unterzeichnet und veröffentlicht worden. Seine Urheber seien der damalige Ministerpräsident Brătianu und sein Außenminister Duca. Die liberalen Machthaber seien zum Abschluß des Vertrages mit Frankreich aus der Notwendigkeit heraus veranlaßt worden, es könnte bei Kriegen, der jetzige Ministerpräsident General Averescu, den bisherigen französischen Kurs der rumänischen Außenpolitik zugunsten einer italienischen Orientierung preisgeben. Um diesen Möglichkeiten zu begegnen, hätten die liberalen Führer, gewissermaßen hinter dem Rücken Averescus, den Vertrag abgeschlossen, um die rumänische Politik für die nächste Zukunft festzulegen. Die Gegenfälle zwischen Averescu und Brătianu bei der Bestimmung der rumänischen Außenpolitik sind im „Adevărul“ sicherlich etwas zu stark betont. Die Ansicht des Blattes findet aber in der Tatsache eine Stütze, daß sich am das Zustandekommen des rumänisch-französischen Vertrages tatsächlich in erster Linie der mit den Liberalen eng befreundete und durch seine wiederholten laienhaften Äußerungen über Deutschland auch bei uns bekanntgewordene rumänische Gesandte in Paris, Diamandi, verdient gemacht hat. Ganz unbefristet bleibt dagegen, daß der Vertrag schon im Frühjahr 1924 im wesentlichen fertiggestellt war.

Denn man die damalige politische Situation Frankreichs und Rumäniens sich vergegenwärtigt, so dürfte die Annahme nicht unbegründet sein, daß der in Rede stehende Vertrag mehr der Initiative des damals noch allmächtigen Poincaré sein Leben verdankt. Er entsprach ja auch ganz der von diesem vertretenen Politik. Frankreich suchte nicht nur seine durch den Ausgang des Krieges geschaffene starke Position auf dem Balkan zu befestigen, sondern war auch bemüht, möglichst viel Bundesgenossen gegen Deutschland zu sammeln. Poincaré glaubte noch an den Erfolg seiner Gewaltpolitik, und es schwebte ihm eine ewigwährende Abrechnung mit Deutschland vor Augen. Die außenpolitische Lage Rumäniens dagegen war zu dieser Zeit auch nicht günstig, aber es war doch auch nicht aus das französische Bündnis Recht anzusehen. Es konnte in einem etwaigen Konflikt mit Rußland sowohl auf jeden Fall mit der Unterstützung Polens und selbst Englands und Frankreichs rechnen. Denn es lag in dem eigenen Interesse dieser Mächte, einen russischen Sieg über Rumänien zu verhindern. Wegen Ungarn hatte Rumänien die damals noch fester gestaltete kleine Entente zur Seite. So stellte der rumänisch-französische Vertrag im Jahre 1924 mehr ein französisches als ein rumänisches Interesse da. Bei der damaligen politischen Lage hatte er dementsprechend auch eine starke Spitz gegen Deutschland.

Zwischen der Fertigstellung des Vertrages und seiner Veröffentlichung lagen fast drei Jahre. Die Frage liegt nun sehr nahe, warum er solange beiseite gelegen hat, und warum er gerade jetzt wieder ans Tageslicht gebracht worden ist. Kurz nachdem der Vertrag im Jahre 1924 vereinbart worden war, mußte Poincaré Herriot das Feld räumen. Mit ihm wird die bisherige Poincarésche Machtpolitik durch eine Friedenspolitik ersetzt, die nicht nur Deutschland gegenüber mäßigere Töne anschlägt, sondern sich auch um eine Verständigung mit Rußland bemüht. Der rumänische Vertrag paßt aber nicht recht in den Rahmen dieser Politik, weil ja trotz aller Vorbehalte der Konzeption auf rumänischer Seite die antirussische Tendenz zu offensichtlich war. Nach dem Abgang Herriots setzten die Bemühungen des rumänischen Gesandten wieder ein, den Vertrag endlich unter Dach und Fach zu bringen. Es wird wohl auch jetzt nicht so leicht gewesen sein, den nunmehrigen Außenminister Briand für den

Vertrag zu gewinnen. Das Falschprotokoll kann als ein Kompromiß zwischen den französischen Bedenken und den rumänischen Wünschen angesehen werden.

Schon die Entstehungsgeschichte des Vertrages wirft ein Streiflicht auf seine Motive und seinen Zweck. Seine eigentliche Bedeutung wird aber erst klar, wenn man sich die gegenwärtige politische Lage in Europa, insbesondere auf dem Balkan, vergegenwärtigt. Zwischen der ersten und der englischen Fassung des Vertrages liegen Ereignisse, die die politische Situation wesentlich geändert haben. In diese Zeit fallen das Londoner Abkommen, die Locarno-Verträge und endlich auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund. Es ist in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine Entspannung eingetreten, so daß die Möglichkeit der Beseitigung von Brühen heute aufrecht eine Verhandlung zwischen den Nachbarn wünschenswert ist. Andererseits hat Frankreich durch seine innerpolitischen Auseinandersetzungen, seine Finanzkrisis, seine auswärtigen Kriege und nicht zuletzt dadurch, daß es einen großen Teil seiner Kräfte noch immer durch eine fruchtlose Rheinlandpolitik gebunden hat, seine nach dem Krieg zweifellos sehr starke Stellung auf dem Balkan immer mehr zugunsten Italiens und Englands preisgeben müssen. Insbesondere hat Italien in den letzten Jahren eine erhöhte Aktivität auf dem Balkan entwickelt, die zum erstenmal wohl durch seinen bekannten Vertrag mit Albanien so recht ins Tageslicht gerückt worden ist. Seine Bestrebungen gehen zweifellos dahin, das Adriatische Meer zu einem italienischen zu machen, und in Beziehung dieses Meeres muß es in einer schärferen Gegensatz zu Jugoslawien geraten. Um seinen Willen zu beugen, und nach Mussolini Jugoslawien zu isolieren. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann sich auch der italienisch-albanische Vertrag in einem Sinne auswirken, der den italienischen Interessen voll entspricht. So erklären sich seine Verhandlungen mit Rumänien, sein Liebeswerben um Bulgarien und Ungarn. In dieser Politik wird Italien allem Anschein nach von England unterstützt. Es kann wohl angenommen werden, daß zwischen Chamberlain und Mussolini in der Zusammenarbeit von Kiewo eine gewisse Kooperation in dieser Richtung vereinbart worden ist. Die Engländer werden zu dieser Politik durch Rußland veranlaßt. Es muß ihnen daran gelegen sein, bei den gespannten Beziehungen zu den Sowjets und bei der immerhin gegebenen Möglichkeit eines Konflikts mit diesen, eine geschlossene Balkanfront gegen Rußland, mit dem die Türkei verbunden ist, zu bilden, jedenfalls zu verhindern, daß seine Gegner auf dem Balkan Bundesgenossen finden.

Rumänien spielt in diesem Kampf der politischen Interessen der Großmächte eine nicht ganz klare Rolle. Seine außenpolitische Situation ist keineswegs sehr günstig. Seine Politik wird beherrscht von der Sorge um Besarabien, dessen Besitz es sich Rußland gegenüber sichern will. Die kleine Entente, die übrigens auch durch das Hervortreten der Sonderinteressen der zu ihr gehörigen Staaten sehr stark gelockert ist, muß es in dieser Beziehung völlig im Stich lassen; denn sowohl Jugoslawien als auch die Tschechoslowakei würden sich nie dazu bereit finden, für Rumänien gegen Rußland einzutreten. Es besteht aber bekanntlich ein Protokoll zwischen den Großmächten England, Frankreich, Italien und Japan, das Rumänien den Besitz Besarabiens gegenüber Rußland garantiert. Das Protokoll wird aber nur dann wirksam, wenn es von mindestens drei der genannten Großmächte ratifiziert ist. Bisher haben dies aber nur England und Frankreich getan. Als im Frühjahr v. J. der General Alexandru Bratianu in der Ministerpräsidentenkonferenz gefolgt war, ließ er sich mit Italien in Verhandlungen ein und hoffte zu erreichen, daß ihm Italien gegen wirtschaftliche Konzeptionen die Garantie für Besarabien gewähren würde. Nach langwierigen Verhandlungen ist es dann zwischen Rumänien und Italien im Spätherbst 1926 tatsächlich zu einem Vertrage gekommen, in dem Rumänien an Italien zwar große wirtschaftliche Zugeständnisse machte, aber die gewünschte Garantie, über die Mussolini sich mit einigen freundschaftlichen Worten in einer Belegnote hinwegsetzte, erhielt es nicht. Infolgedessen ist auch der italienisch-rumänische Vertrag in Rumänien nie populär geworden. Im Gegenteil ist es der Regierung sehr schwer geworden, ihn gegen die starken Angriffe fast der gesamten Presse zu verteidigen. Italien hat zweifellos nach wie vor ein großes Interesse an Rumänien. Ob dieses aber so weit geht, daß es das erwähnte besarabische Protokoll ratifiziert, ist sehr zweifelhaft. Denn es ist sich auch ohne dieses Zugeständnis dessen sicher, daß Rumänien ihm in einem etwaigen Konflikt mit Jugoslawien nicht in den Rücken fällt. Andererseits aber will es seine immerhin korrekten Beziehungen zu Rußland durch eine Ratifizierung des Protokolls zur Zeit nicht aufs Spiel setzen.

Rumänien wird auf dem Balkan infolge seiner geographischen Lage, seiner wirtschaftlichen Kräfte und seiner numerischen Stärke immer eine wichtige Rolle spielen. Aber die besarabische Frage ist für Rumänien eine sehr große Belastung. Denn wenn auch Rußland zur Zeit zweifellos einen Zusammenstoß vermeiden wird, so schwebt doch diese Gefahr wie ein Damoklesschwert über dem ru-

mänischen Staate. Daran ändert ihm Grunde genommen auch kein Vertrag mit Frankreich nichts. Er verpflichtet Rumänien zwar für den Fall eines zufälligen Angriffs die weitestgehende Unterstützung Frankreichs, aber wir wissen ja aus der Diskussion über die Kriegsschuldfrage und aus den Debatten im Völkerverbund über den Begriff des Angreifers, daß es nicht so leicht sein wird, die notwendigen Feststellungen so sicher und so schnell zu machen, daß sie sich noch rechtzeitig für Rumänien auswirken können. Trotzdem wird man den Wert des französischen Bündnisses für Rumänien nicht befechten dürfen. Es bietet ihm auf jeden Fall eine sehr erwünschte moralische Unterstützung, indem es seine tatsächliche Isolierung maskiert. Gleichzeitig kann es eine wirksame Demonstration gegen Italien sein, das sich trotz großer wirtschaftlicher Kompensationen zur Unterstützung unter das besarabische Protokoll nicht entschließen kann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es durch die französische Rivalität dazu veranlaßt wird. Unter dem Schutz des französischen Bündnisses braucht sich jedenfalls Rumänien nicht mehr zum Spielball der politischen Interessen der anderen Großmächte mißbrauchen zu lassen.

Vom französischen Standpunkt aus betrachtet, liegt die Bedeutung des Vertrages zweifellos darin, daß Frankreich damit vor allem sein wiedererwartetes Interesse an der Balkanpolitik anmelden wollte. Zwischen ihm und Rumänien bestanden ja immer sehr freundschaftliche Beziehungen, denen auch eine gewisse Vernachlässigung in den letzten Jahren wesentlich nicht hat schaden können. Aber bei den gerade auch auf dem Balkan so wandelbaren Stimmungen hätte es doch auch geschehen können, daß Rumänien den italienischen oder englischen Werben erliegen wäre, zumal ja die außenpolitische Neuorientierung bei sehr maßgebenden rumänischen Politikern fast an Boden gewonnen hat. Das Bündnis mit Rumänien soll nun diesen Möglichkeiten vorbeugen und den großen Verbündeten von geftern begrifflich machen, daß Frankreich nicht gewillt ist, ihnen das Feld zu räumen. Hatte also der Vertrag zur Zeit seiner ersten Konzeption zweifellos eine durch die damaligen Verhältnisse bedingte Spitze gegen Deutschland, so hat er heute bei seiner Veröffentlichung in gewissem Sinne eine solche gegen England und noch mehr gegen Italien. Bedeutete damals der Vertrag einen wenn auch durch die Formalisierung sehr gemilderten Affront gegen Rußland, so sucht er in seiner neuen Fassung die Möglichkeit einer russischen Mitstimmung sorgfältig auf das geringste Maß zu beschränken, indem er Rumänien in dem Schutzprotokoll zu einer absoluten Neutralität Rußland gegenüber verpflichtet. Lichtsicherheit ist zwar trotzdem gegen den Vertrag protektiert, aber das braucht, da der Protest ja zu dem politischen Rückzug der Sowjets gehört, nicht ganz ernst genommen zu werden. Man kann vielmehr annehmen, daß es Rußland lieber sieht, wenn Rumänien durch den französischen Vertrag gebunden und damit ihm gegenüber neutralisiert ist, als daß es sich z. B. der entscheidenden antirussischen Politik Englands verschreibt.

Man ist allmählich gewohnt, von Zeit zu Zeit zu lesen, der Balkan sei der großen Ereignisse. Dergleichen Prophezeiungen sind meist undankbar und immer ein Glücksspiel. Man darf schließlich nicht übersehen, daß auch die Balkanländer Krieg und Revolution nicht als Lebenszweck ansehen, und daß sie nicht mehr so unerfahren sind, sich für fremde Interessen auszuheben zu lassen. Auch die Entwicklung auf dem Balkan wird sich im wesentlichen natürlich und friedlich, wenn auch nur allmählich und nicht immer geradlinig vollziehen. Sie bleibt aber auf jeden Fall immer wichtig, weil der Südoften Europas auf das politische Schicksal dieses Erdteils wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft einen großen Einfluß ausüben wird. Daß Deutschland an der Gestaltung der dortigen Verhältnisse ein hervorragendes Interesse hat, braucht bei den vielseitigen Beziehungen seiner Wirtschaft zu den Völkern nicht besonders betont zu werden. Deshalb wird man den Ereignissen dort immer mit wachsamem Auge folgen müssen. Für Deutschland ist die Entwicklung der letzten Jahre auf dem Balkan nicht unerfreulich gewesen. Die nach dem Kriege, insbesondere auch durch die kleine Entente, errichtete Front, die sich gegen die im Kriege Unterlegenen richtete, ist inzwischen dank der Einzelinteressen der großen und kleinen Staaten, fast ins Wanken gekommen, teils sogar aufgebrochen. Man riselt sozusagen zum Bewegungskrieg, in dem aber die Zuegruppierungen noch nicht beendet sind und dessen Ergebnis dementsprechend auch nicht abzusehen ist. Für uns bleibt die erfreuliche Tatsache bestehen, daß Deutschland dabei nicht mehr Objekt ist. Manche begnügen sich damit nicht und machen der deutschen Politik den Vorwurf, daß sie nicht aktiv genug sei. Die solchen sagen, verkennen die Sachlage. Deutschland hat in den letzten Jahren allmählich wieder an Ansehen und Bedeutung auf dem Balkan gewonnen, es wird sogar vielfach in die große politische Wertschätzung verordnet als vor allem der Arbeit seines Dolchs und dem Umstande, daß es seine Beziehungen zu den anderen Völkern nicht auf machtpolitische Grundsätze, sondern auf dem friedlichen Austausch positiver Werte aufbaut. Das bedeutet eine Aktivität im besten Sinne des Wortes, die einen um so bauernderen Wert hat, als sie dem gegenseitigen Interessen aller Beteiligten dient.

Die neue amtliche Großhandelsindexziffer.

Von Dr. Alfred Jacobs, Referent im Statistischen Reichsamt.

Der Gebrauch von Indexziffern hat in Deutschland erst in der Nachkriegszeit allgemeinere Bedeutung erlangt. Die hierfür fortgeschrittene Selbstwertung aus dem Anstoß zur Berechnung amtlicher Indexziffern, zunächst auf dem Gebiet der Lebenshaltungskosten (1920) und später auch für die Großhandelspreise (1921). Zwar sind vor dem Kriege schon Indexziffern beider Art berechnet worden, aber nur im Rahmen

aus seiner Arbeitskraft sich stetig erneuernde Einkommen darstellend, ist für die Erwerbswirtschaft das in ihr arbeitende Betriebskapital. Während mit dem Konjunkturindex die Lebensbedürfnisse auf der Kleinhandelsstufe eingeordnet werden, dient das Betriebskapital der Unternehmungen zur Beschaffung von Betriebsmitteln, d. h. von Rohstoffen, Hilfsmaterialien, Betriebsanlagen usw. Der Markt für diese Güter ist der Wirtschaftsbereich des Großhandels, wobei Großhandel hier nicht im engeren Sinne der Vermittlerrolle des Handels aufzufassen ist, sondern überhaupt den Warenaustausch der Produzenten untereinander bedeutet. Der Großhandelsindex ist auch nicht etwa eine Dorfziffer des Kleinhandelsindex, sondern er umfaßt einen vollkommen andersartigen Warenkreislauf. Als Aufgabe einer Großhandelsindexziffer ist also die Messung der Kaufkraft des volkswirtschaftlichen Betriebskapitals anzusehen.

Die Neubearbeitung***) der amtlichen Großhandelsindexziffer geht von der Voraussetzung aus, daß nicht nur eine barbare Gesamtindexziffer das Ziel der Berechnung sein darf, sondern daß es vor allem auch darauf ankommt, die Zusammenhänge der Preisbewegung zu erkennen. Es ist deshalb eine weitgehende Aufgliederung der Gesamtindexziffer in einzelne Gruppen vorgenommen worden. Innerhalb jeder dieser Gruppen ist jede Ware ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend berücksichtigt, die an dem volkswirtschaftlichen Verbrauch in den Jahren 1906 bis 1913 und im Jahre 1925 gemessen wurden. Auf diese Weise ist folgendermaßen für jede Ware eine „normale“ Verbrauchsmenge gewonnen worden, die, mit dem Vorkriegspreis multipliziert, den Wertfaktor ergibt, mit dem die einzelnen Indexziffern der Warenpreise gemogen ist. Die Indexziffer ist entsprechend der weitgehenden Aufgliederung in einzelne Gruppen, die entweder nach der Produktions- oder nach der Konsumtionszusammensetzung der Waren zusammengefaßt worden sind, auf einer sehr breiten Grundlage aufgebaut. Während die bisherige amtliche Großhandelsindexziffer nur die Preise für Rohstoffe und Halbwaren umfaßte, ist die neue Indexziffer auch auf fertigwaren ausgedehnt worden, und zwar sind die Preise für industrielle Fertigwaren in einem Umfang einbezogen worden, wie es bisher bei keiner Indexziffer geschehen ist. Hierdurch werden die in der individuellen Natur der Fertigwarenpreise liegenden Zufälligkeiten weitgehend ausgeschaltet. Während die alte Indexziffer 53 Waren und die gleiche Anzahl von Preisnotierungen umfaßte, beruht die neue Indexziffer insgesamt auf 400 Waren, für die 800 Preise ermittelt werden. Hieraus entfallen auf die Rohstoffe und Halbwaren 170 Waren mit 255 Preisen und auf die Fertigwaren 230 Waren mit 545 Preisen. Als Preisbasis wurde das Jahr 1913 gewählt.

Als besondere Eigenart, die beim Aufbau einer Großhandelsindexziffer zu berücksichtigen ist, wäre noch die Ausschaltung

Aufbau der neuen Großhandelsindexziffer.

Indexgruppen	Anzahl der Waren	Anzahl der Notierungen	Wägung in v. H. der Gruppen- / Gesamtindexziffern
I. Agrarrohstoffe			
1. Pflanzliche Nahrungsmittel . . .	15	25	34
2. Rohstoffe . . .	4	14	28
3. Viehzuchtserzeugnisse . . .	7	10	8,24
4. Futtermittel . . .	16(2*)	25(2*)	13
Agrarrohstoffe zusammen	40	70	100
II. Kolonialwaren	10	15	—
III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren			
6. Rohle . . .	7	16	18
7. Eisen . . .	14	19	18
8. Metall . . .	11	11	7
9. Textilien . . .	17	17	17
10. Häute und Leder . . .	8	16	6
11. Textilien . . .	26	27	3
12. Künstliche Düngemittel . . .	10	14	6
13. Techn. die und Fette . . .	11	11	4
14. Aufschuit . . .	1	2	2
15. Baustoffe . . .	7	11	4
16. Baustoffe . . .	16(2*)	27(1*)	13
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren zus.	120	170	100
IV. Industrielle Fertigwaren			
17. Produktionsmittel . . .	125	285	45
18. Konsumgüter . . .	105	260	57
Industrielle Fertigwaren zus.	230	545	100
V. Gesamtbasis	400	800	—

einzelner wissenschaftlicher Arbeiten, ohne daß man diesen Ziffern ein allgemeines öffentliches Interesse entgegenbrachte. Vor allem fehlte diesen Berechnungen die erforderliche Kontinuität und die Publizität der Ergebnisse.

Anders lagen die Verhältnisse in England, dem klassischen Lande der Indexziffern, wo schon Mitte vorigen Jahrhunderts die Wirtschaftspreise („Economic“, „Statist“) die Berechnung von Indexziffern der Großhandelspreise aufgriffen hatte. Hier gehörten vor dem Kriege die Indizes nicht nur zum festen Bestand der Wissenschaft, wie auch in Deutschland, sondern man hatte bereits ihre praktische Bedeutung für die laufende Wirtschaftsbeobachtung erkannt.

Eine eingehende Darstellung über das Wesen und den Aufbau von Indexziffern ist vor einiger Zeit an dieser Stelle bereits gegeben worden (Jahrgang 1926, Heft 5, Seite 71). Um zu einer Darstellung über den Sinn einer Großhandelsindexziffer zu gelangen, geht man am besten von einer Betrachtung der Indexziffer der Lebenshaltungskosten aus. Diese soll angeben, um wieviel gegenüber einem bestimmten Ausgangspunkt der für eine bestimmte Menge Waren aufzuwendende Geldbetrag gestiegen oder gesunken ist. Die sogenannte Indexziffer der „Lebenshaltungskosten“ stellt also lediglich die Veränderungen der Preise dar, nicht aber auch Veränderungen, die sich hinsichtlich der verbrauchten Menge der einzelnen Waren vollziehen^{*)}. Sie ist somit eine reine Preisindexziffer, der ein einmal festgelegtes Mengenschema zugrunde liegt. Die Zusammenlegung dieses Mengenschemas ergibt sich ohne Schwierigkeit aus der Zusammenlegung der Lebensbedürfnisse der großen Masse, wofür die Erhebungen über Wirtschaftserhebungen typischer Haushaltungen Unterlagen bieten.

Der dem Wesen nach gleiche Sachverhalt wie beim Lebenshaltungsindeber liegt auch bei der Großhandelsindexziffer vor. Nur ist hier nicht von vornherein ein „Budget“ für die Mengenverhältnisse der einzelnen Waren gegeben, sondern deren Zusammenfassung muß erst auf besondere Weise konstituiert werden. Auch die Großhandelsindexziffer soll lediglich die reine Preisbewegung zum Ausdruck bringen und muß daher ebenfalls auf konstanten Mengenverhältnissen aufbauen.

Während die Indexziffer der Lebenshaltungskosten die Kaufkraft eines dem Geldbetrage nach gleichbleibenden Konjunktur-einkommens darstellen soll, kann man sich für die Großhandelsindexziffer diesen Vorgang auf die Geldmittel der Erwerbswirtschaftlichen übertragen vorstellen. Was für den Konjunktur des

*) Eine Berücksichtigung der mit den Preisveränderungen sich vollziehenden Verbrauchsveränderungen findet bei den von Silberstein und Rucinski vorgenommenen Berechnungen des Existenzminimums fast, indem der jeweilige Aufwand für die den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Beschaffung einer bestimmten Existenzmenge berechnet wird.

*) Die Gruppe I enthalten. — *) Auch in Gruppe 7 und 8 enthalten.

*) Auch in die Indexziffern der Sammelgruppen werden nach den auch der Gesamtindexziffer zugrunde liegenden Wägungsziffern berechnet.

**) Vgl. „Wirtschaft und Statistik“ 1926, Nr. 23 S. 875.

von Doppelabläufen zu erwidern. Diese würden sich ergeben, wenn die verbrauchten Werte auf verschiedenen einander folgenden Produktionsstufen in ihrer vollen Höhe berückichtigt würden. Andererseits bürden aber die Preise auf den einzelnen Produktionsstufen nicht aufeinander geschoben werden, da sie einen Bestandteil der dem volkswirtschaftlichen Verkehrskapital auf der Warenseite gegenüberstehenden Elemente bilden. Die Anzahl der Produktionsstufen ist jedoch mehr ein Ausdruck der jeweiligen Produktionswirtschaftlichen und marktmäßigen Struktur des betreffenden Wirtschaftszweiges, aber kein Maßstab für die wirtschaftliche Bedeutung dieses Produktionszweiges überhaupt. Als einheitliche Bewertungsgrundlage dienen daher nur die Verbrauchswerte der im Index enthaltenen Endstoffe, wobei diese dann wiederum nach Maßgabe der Verbrauchswerte der einzelnen Produktionsstufen aufgeteilt werden. So sind z. B. die Preise für Erze, Rohstoffe und Walzwerkzeugnisse nur mit dem Wert der letztgenannten

vertreten, der in sich entsprechend den Verbrauchswerten dieser drei Stufen zerlegt wurde. Auf diese Weise hat sich der auf vorstehende Überfahrt ersichtliche Aufbau der Großhandelsindexergie ergeben:

Das Ergebnis der Indexberechnung stellt sich gegenwärtig auf 135,5 (25. Februar) gegenüber 1913 = 100. Von den wichtigsten Gruppen fielen die Legetariffe gleichmäßig auf 138,4, die industriellen Rohstoffe und Halbwaren auf 129,7 und die industriellen Fertigwaren auf 141,6. Durch die Einbeziehung der Fertigwarenpreise, die infolge der größeren Belohnung der Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit stärker getiegen sind als die der Rohstoffe, liegt die neue Indexergie naturgemäß etwas höher als die bisherige. Bei der dritten Grundlage der Indexergie gleichen sich jedoch die verschiedenartigen Bewegungen der einzelnen Warenpreise weitgehend aus, so daß die durch die Indexergie registrierten Veränderungen ein zuverlässiges Bild der vor allem durch konjunkturelle Einflüsse bedingten Schwankungen des Preisniveaus zu geben vermögen.

Handwerk und Einzelhandel.

Von Rechtsanwalt Dr. v. K. Sötte, Oberregierungsrat z. D.

Wenn in den nachfolgenden Zeilen es unternommen wird, die gegenwärtige Lage von Handwerk und Einzelhandel näher darzustellen, so wird dies in erster Linie durch den Wunsch veranlaßt, einige Kenntnis über die hohe Bedeutung und den Wert selbst Berufsstände wie den gewerblichen Berufsständebewusstsein in möglichst weite Kreise unserer Volksbewusstsein zu bringen. Dies erscheint um so notwendiger, als beide Berufsstände, die ja in den meisten und gerade den bedeutsamsten Fragen übereinstimmend (Interessen haben, von der öffentlichen Meinung in ihrer hohen wirtschaftlichen Bedeutung noch immer unterschätzt, ja vielfach ganz ab zum Äußersten verurteilt angesehen werden.

I.

Das Handwerk.

Sprechen wir vom deutschen Handwerk, so denken wir unwillkürlich an seine Blütezeit, an die Zünfte, an Hans Sachs und die Meisterfinger, an das Kunsthandwerk in Nürnberg, Augsburg und in anderen Städten deutscher Handwerkskultur; wir denken aber auch an den Verfall der Zünfte, die vielen unerfreulichen Zustreitigkeiten und vergriffen bei all diesen historischen Erinnerungen gar zu leicht die Lebenskraft und Leistungen des deutschen Handwerks in der Gegenwart.

Unser Handwerk hat schwerste Zeiten hinter sich; unter dem Kriege hat es weit mehr gelitten als die meisten anderen Berufsstände. Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn mußten zahlreiche handwerkliche Betriebe infolge der Einziehung der Meister stillgelegt werden; an den Feeresaufträgen war das Handwerk in den ersten Kriegsjahren nur äußerst gering beteiligt. Aber bereits unmittelbar nach Beendigung des Krieges begann das Handwerk mit seiner Wiederaufrichtung, die jedoch durch die Inflation auf das empfindlichste gestört wurde. Eine ungeheure Verarmung, insbesondere der Verlust fast der gesamten Betriebskaskasse war die Folge. Wenn in der Zahl der handwerklichen Betriebe, die vor einigen Jahren noch auf etwa 1½ Millionen geschätzt wurde, ein nur geringer Rückgang — Ende 1925 wurden etwa 1¼ Millionen Betriebe statistisch erfasst — eingetreten ist, so ist diese Tatsache in erster Linie der Zählzeit, der Sparmaßnahme wie der Tätigkeit der deutschen Handwerksmeister zuzuschreiben.

Unter den vielen Sorgen, die das deutsche Handwerk bedrücken, ist an erster Stelle die Kreditnot zu nennen. Zwar hat diese Not auch andere Erwerbsstände betroffen; am meisten hat aber der gewerbliche Mittelstand, also Handwerk wie Einzelhandel, gelitten. Beide Erwerbsstände haben aus der Inflation verarmt herorgegangen; ihre Warenlager waren fast ausgeräumt, die Privatvermögen verloren. Die Geldbegehr des gewerblichen Mittelstandes, die Kreditgenossenschaften, hatten gleichfalls die schwersten Verluste erlitten. Nun sind dem Handwerk in dankenswerter Weise vom Reich wie von den Ländern Kredite aus öffentlichen Mitteln zugewiesen worden. Diese Kredite haben die Not gewiß vorübergehend gelindert; um sie zu beheben, waren sie zu nehmen, mußten sie auch sein. Und in der Tat kann das Handwerk die Kreditnot dauernd nur aus eigener Kraft überwinden, insbesondere durch Ersparung und Kräftigung der Kreditgenossenschaften. Können diese wie in Friedenszeiten ihrer Aufgabe, dem gewerblichen Mittelstand kurzfristigen Personalkredit zu gewähren, wieder im vollen Umfange nachkommen, und verwenden die Sparkassen ihre Mittel zu Realcredit, so wird ein gutes Bild der Kreditnot im Handwerk überwinden sein.

Eine weitere wichtige Frage ist die Organisationsfrage. Das Handwerk hatte es nicht verstanden, sich vor dem Kriege in gleich kräftiger Weise wie andere Erwerbsstände, insbesondere wie die Industrie, zu organisieren. Diese Tatsache bildete einen der wesentlichsten Gründe, aus denen das Handwerk bei Vergebung der Feeresaufträge zu kurz kam. Die Not also hat das Handwerk den Wert einer Zusammenfassung und feststehenden Organisation erkennen

lassen. Alsobald nach Beendigung des Krieges setzte aus dieser Erkenntnis heraus die Bildung von Zwangsinnungen, die ihre rechtliche Grundlage in der Gewerbeordnung haben, ein, so daß Ende 1924 an 666 000 Meister in Zwangsinnungen zusammengefaßt waren; etwa 240 000 Meister geborten freiwilligen Innungen an. Neben dieser sachlichen Organisation — auf den Innungen basieren sich die „Annunzungs-“ und „Zentralinnungsverbände“ (§§ 104 ff. GewO.) — bestanden die Handwerkskammern, die die eigentlichen berufshandlichen Interessen des Handwerks zu vertreten haben und die ihrerseits wieder in dem Deutschen Handwerks- und Gewerkekammertag zusammengefaßt sind. Zentralinnungsverbände wie Handwerkskammern bilden endlich die eigentliche Spitzenorganisation des Handwerks, nämlich den Reichsverband des Deutschen Handwerks zu Hannover. — So umfassend diese Organisation auf den ersten Blick erscheint, sie hat tatsächlich große Lücken aufzuweisen. Trotz aller Bemühungen handwerklicher Führer ist immer noch ein Teil des Handwerks — etwa ein Drittel der Betriebe — nicht in Innungen organisiert. Das Handwerk verlangt daher nach einer strengen Gestaltung der Organisation; seine Forderung nach der sog. Reichshandwerksordnung, die seine organisatorischen Mängel erfüllen sollte, ist zwar gesetzlich zur Geltung gekommen. Nach Regierungserklärungen, die jedoch die Vorlage einer Novelle zur Gewerbeordnung zu erwarten, die dem Handwerk die Erfüllung seiner dringenden Forderungen, also insbesondere eine Katastrophierung der zu ihm gehörigen Betriebe, das Handwerksregister, bringen soll.

Vom weitgehender Bedeutung für die Zukunft des Handwerks ist die Frage der Rationalisierung, die insbesondere mit der der Preisbildung auf das engste verbunden ist. Die Herstellung tüchtiger handwerklicher Qualitätsware war von jeher ein besonderer Stolz und eine hohe Aufgabe des deutschen Handwerks. Selbstverständlich mußten sich jedoch solche Waren im Preise höher stellen als billige Ramschware. Was auch die handwerkliche Qualitätsware auf die Dauer für den Käufer billiger sein als Ramschware, der Absatz handwerklicher hergestellter Ware ist infolge der erschwerten Kaufkraft weiterer Kreise der Bevölkerung weitgehend eingeschränkt. Jedwede Herabsetzung der Gehaltskosten, handwerklicher Erzeugnisse, wie sie die Rationalisierung ja will, wäre daher im Interesse der erhöhten Abhängigkeit solcher Qualitätswaren dringender erwünscht. Nun ist gewiß der Anwendungsbereich der Rationalisierung im Handwerk, zumal bei seinen kleineren Betrieben, bei weitem nicht so umfangreich gezogen als in industrieller Großbetriebe. Denn da, wo das Auge des Meisters wacht, ist ohnehin fast immer eine zweckmäßige Verwendung der Arbeitskräfte wie sparsame Benutzung der Rohmaterialien gewährleistet. In der kaufmännischen Buchführung, bei der Kalkulation ist dagegen vom Handwerk noch viel zu lernen! Das Handwerk bringt den Rationalisierungsbemühungen weitestgehendes Interesse entgegen; es hat ein besonderes Institut, das Forschungsinstitut für Rationalisierung, geschaffen, das im Handwerk und in der Industrie, erachtet, dessen Tätigkeit volle Anerkennung und Würdigung findet. Weiterhin aber wird das Handwerk daran gehen müssen, sich auch möglichst insofern nicht nur in den Innungen, sondern auch wirtschaftlich in den gewerblichen Genossenschaften, also in den Kredit- wie Waren-genossenschaften zu organisieren. Billiger und günstiger Kredit wie preiswerter Einkauf der Rohstoffe mindern die Herstellungskosten und erleichtern somit wiederum den Absatz handwerklicher Qualitätswaren. Im übrigen wird bei der zunehmenden Rationalisierung der industriellen Betriebe das Handwerk, insbesondere seine größeren Betriebe, sich mehr als jezt auch auf Serienfabrikation und Typisierung einstellen müssen; auch hier kann Qualitätsarbeit geleistet werden.

Bei allen diesen Fragen tritt die Bedeutung echten handwerklichen Möbels klar hervor. Eine eingehende Weiterbildung von Meister wie Gesellen ist geradezu eine Lebensfrage für das Handwerk; ebenso ist dies auch die der Heranbildung eines tüchtigen handwerklichen Nachwuchses. Nur etwa das deutsche Handwerk kann aber mit vollem Recht darauf bestehen, daß auch heute noch die Lehre bei einem tüchtigen Handwerksmeister wohl unerreicht daselbst.

II.

Der Einzelhandel.

Zunächst ist mit einem Mißverständnisse aufzuklären. Wie das Handwerk, zu dem auch Großbetriebe gehören, ist auch der Einzelhandel nicht auf Kleinbetriebe beschränkt; zum Einzelhandel gehören alle diejenigen Geschäfte, die unmittelbar an den letzten Verbraucher verkaufen, also auch die einzelhändlerischen Großbetriebe wie die Warenhäuser.

Ebenso wie das Handwerk hat auch der Einzelhandel schwere Zeiten hinter sich; er ist gleichfalls von der Inflation hervorgerufen. Und ebenso wie das Handwerk hat auch der Einzelhandel unter gewissen feingewerblichen Vorurteilen zu leiden. Während man das Handwerk vielfach als veraltete Betriebsart, aber immer noch gut genug etwa für das platte Land oder für Reparaturarbeiten ansah, sprach man dem Einzelhandel sogar jedwede Effizienzberechtigung ab und stellte es als ein lediglich preiswertes und überflüssiges Einschleichen zwischen Konsument und Produzent hin. Die Erfahrungen der Kriegs- wie der Nachkriegszeit haben jedoch im Publikum die Erkenntnis gefördert, daß die wirtschaftlichen Funktionen des Einzelhandels, nämlich die Warenverteilung wie die Behandlung der Waren, eine außerordentlich wichtige und im Wirtschaftsprozess geradezu unentbehrliche Aufgabe bildet.

Betrachten wir nun, wie wir dies beim Handwerk bereits getan haben, im einzelnen die Sorgen und Wünsche des Einzelhändlers, finden wir ebenfalls schwerer unter der Kreditnot leidend; auch für ihn ist Befreiung in erster Linie von der Wiedereinführung der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu erhoffen.

Von größter Bedeutung ist die Organisationsfrage. Auch hier können wir die sachliche wie die eigentlich berufsständische Organisation unterscheiden. Die sachliche Organisation beruht auf völlig freier Gruppierung; die freien Verbände für die einzelnen Branchen sind zusammenschluß in der sachlichen Spitzenorganisation, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der etwa an 400 000 Einzelhändler durch Vermittlung der Branchenverbände angehören mögen. — Die eigentlichen berufsständischen Aufgaben werden von den Industrie- und Handelskammern wahrgenommen, die ihrerseits den Deutschen Industrie- und Handelstag zu Berlin bilden.

Wie das Handwerk hat auch der Einzelhandel um seine wirtschaftliche Effizienz schwer zu kämpfen. Es gilt hier für den Einzelhandel insbesondere den Wettbewerb der Konsumgenossenschaften und für die mittleren und kleineren Ladengeschäfte auch den der großen Warenhäuser zu bestehen. Über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften und ihre Konkurrenzfähigkeit brauche ich an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen zu machen; man nimmt an, daß diese etwa $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ der gesamten Umsätze des Einzelhandels in der nächsten Zeit voraussichtlich noch dadurch sich vergrößern, daß die amerikanischen Wirtschaftsmethoden immer mehr nach Deutschland übergehen. In dieser Hinsicht darf ich noch darauf hinweisen, daß der Verband der deutschen Waren- und Kaufhäuser vor kurzem eine außerordentlich interessante Studienfahrt nach Amerika gemacht hat. Auf die Ergebnisse und die Wahrnehmungen kann ich an dieser Stelle nicht näher eingehen; ich will nur hervorheben, daß mit der Einführung der Einheitspreisläden in Deutschland bereits begonnen ist. In diesen Einheitspreisläden werden Waren in der Preisliste von 25 und 50 Pf. verkauft. Typisch ist hier das Vorbild der Woolworth Co. in New York, die heute in Amerika an 1400 Filialen besitzt und 1925 einen Gesamtumsatz von 215 Millionen Dollar wie einen Gesamtumsatz bis zu 715 000 Dollar aufzuweisen hatte. Ein weiteres amerikanisches Verkaufssystem ist das sogenannte Chain-Store-System (Kettengeschäfte), also das Filialsystem in der höchsten Entwicklung. Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Hirsch, der auf der diesjährigen Düsseldorf-Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gehalten wurde, werden von ihnen die besten Lagen der Großstädte mit ihren Läden besetzt. „Von ganzen Kolonialwarenumfassen New Yorks sollen sie 60 v. H. in sich gezogen haben, in Los Angeles auch 45 v. H. und in Philadelphia schon vor drei Jahren auch beinahe die Hälfte. Die Wucht ihres Vordringens war dort so groß, daß von den verbleibenden Selbständigen ein Teil sich auch so eng zusammenzuschloß, daß eine Art Filialismus herauskam, und die in ihrer Existenz bedrohten Großhändler suchten sich durch Zusammenschluß und gemeinsamen Aufkauf weiterer Detailläden wenigstens in der Branche zu halten. Von besonderer Bedeutung ist die Atlantic and Pacific Tea Company, die mit ihren 15 000 Läden geradezu eine Monopolstellung einnimmt und fast den gesamten Teehandel ausschaltet; ein ähnliches Bild bietet der Kakaohandel, in dem der Kaka-

truh dort das Monopolsystem geschaffen hat und wo eine einzige Gesellschaft allein etwa 2600 Läden besitzt.

Trotz aller dieser Tatsachen braucht der mittelständliche Einzelhandel nicht zu verzweifeln. Geradezu Feuerproben für seine Umstellungsfähigkeit hat er in der Kriegs- und Nachkriegszeit abgelegt. Auf die zunehmende Typisierung und Standardisierung der Waren wird er sich umstellen müssen und können; zum anderen wird er die Kunst der individuellen Bedienung weiter ausbauen müssen. Hier nun wird — und hierauf möchte ich nachdrücklich hinweisen — ihm ein Stadium besse, was in Amerika mit „Service“ bezeichnet wird, gute Dienste leisten können; dort ist das Service „Dienst an S. M., dem Publikum“ zu höchsten Kunst ausgebildet. Hierher gehört zunächst die Schaffung einer richtigen Kaufatmosphäre für das Publikum, die höchste Kulanz und das weitestgehende Entgegenkommen bei Erledigung von Reklamationen. „Der Kunde hat immer recht.“ Von außerordentlicher Bedeutung ist weiterhin die Ausbildung des Geschäftsfachmanns, auf die in Amerika größte Sorgfalt verwendet wird. So finden z. B. in kürzigen Zeiträumen in vielen größeren Geschäften Besprechungen zwischen Chef und Personal über die Erfahrungen beim Wareneinkauf statt. Der Verkäufer muß selbst innerlich von der Güte der zu verkaufenden Waren überzeugt sein; nur dann kann er die richtige Überzeugungskraft im Verkehr mit der Kundenschaft aufbringen. Neben der Ausbildung der Kunst des „Service“ wird selbstverständlich eine Rationalisierung der Betriebe, soweit sie sich im Einzelhandel durchführen läßt, gehen müssen; die verstärkte Konkurrenz wird hierzu schon zwingen.

III.

Das gewerbliche Genossenschaftswesen.

Die Darstellung würde jedoch nicht vollständig sein, wenn nicht in einem weiteren Abschnitt das gewerbliche Genossenschaftswesen behandelt würde. Als Hauptformen des gewerblichen Genossenschaftswesens können wir unterscheiden 1. die Kreditgenossenschaften und 2. die Waren-genossenschaften, zerfallend in Einkaufs- und Absatzgenossenschaften.

Wie wir bereits gesehen haben, hat das gewerbliche Genossenschaftswesen auf das Schwerste unter den Folgen der Inflation gelitten; bei Stabilisierung der Mark waren die Vermögensbestände fast völlig aufgezehrt. Um so erfreulicher ist der Aufschwung, den insbesondere die Kreditgenossenschaften nehmen.

Den Kreditgenossenschaften mögen gegenwärtig an 600 000 Mitglieder angehören, die sich zum größten Teil aus Einzelhändlern wie selbständigen Handwerkern zusammensetzen. Die Geschäftsführung erfolgt auf streng kaufmännischer Basis, ist jedoch in erster Linie auf die Wahrung der Bedürfnisse des gewerblichen Mittelstandes, also auf die Gewährung von kurzfristigen Krediten zugeschnitten. Nach einer Schätzung von Prof. Dr. Stein, dem Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, betragen Ende 1925 die den dem Deutschen Genossenschaftsverband angeschlossenen Kreditgenossenschaften die gesamten Mittel rund 630 Millionen M. Die Entwicklung im laufenden Jahre ist günstig und ergibt eine wesentliche Verbesserung und Stärkung.

Auch die Waren-genossenschaften haben schwere Zeiten hinter sich, und zwar insbesondere die handwerklichen, von denen ein größerer Teil eingegangen ist. Diese handwerklichen Waren-genossenschaften sind dem Handwerk eine starke Stütze geworden in seinem Existenzkampf mit den Syndikaten und Kartellen der Industrie und des Großhandels. — Bei dem Einzelhandel ist in erster Linie die Einkaufsorganisation der Deutscher zu erwähnen, der etwa 500 Genossenschaften mit 35 000 Kolonialwarenhändler angehören mögen und deren Zentralorganisation sich in Berlin befindet.

Spitzenverband der gewerblichen Genossenschaften ist der Deutsche Genossenschaftsverband zu Berlin.

Die Bedeutung des gewerblichen Genossenschaftswesens erschöpft sich nicht auf wirtschaftlichem Gebiet; der Genossenschaftsgedanke wirkt sich auch auf ideellen Gebieten aus. Ideelle Gesichtspunkte waren es, von denen aus die Männer, die die Genossenschaftswesen auf genossenschaftliche Fragen konnte ich immer wieder darauf hinweisen, daß zwischen Genossenschaft und Genossen ein weit engeres Verhältnis besteht als zwischen Arbeiter und Arbeiterpartei. Die Genossenschaft ergriff den ganzen Menschen. „Der genossenschaftliche Zusammenhalt äußert seine Auswirkungen daher nicht nur auf die Beziehungen zwischen Genossenschaft und ihren Mitgliedern; er ist auch eins der besten Mittel zur Hebung der Standesehre wie zur Erhaltung und Vertiefung der berufständischen Organisation.“ Der Gedanke der Selbsthilfe wird in dem Genossen wachgerufen und erhalten, und dieser wiederum schafft aufrechte Charaktere, die nicht in talentlosem Rationieren verharren oder alles Hoffen von der Staatshilfe erwarten, vielmehr selbst die Hände rühren und regen und somit aus eigener Kraft den Umwölung zum Besseren beitragen. „In diesen Charakteren liegt eine starke Gewähr dafür, daß der Wettbewerb der Mittelmäßigkeiten in all den Stürmen und Bedrängnissen, in all seinen wirtschaftlichen Nöten nicht untergehen, sondern diese überleben wird.“

Die polnische Landverteilung und das Deutschtum im Osten.

Das polnische Agrarreformgesetz von 1926 erweist sich durch die Art seiner Ausführung in Preussisch-Polen als eine Quelle dauernder wirtschafts- und nationalpolitischer Gefahren für das friedliche Zusammenleben der Deutschen und Polen. Denn diese, von den Deutschen Polens als „Kandraubgesetz“ bezeichnete „magna charta“ der polnischen Innenkolonisation lenkt den Kambler der Millionenmassen wirtschaftlich primitiver Kleinbauern Polens von der drohenden Agrarrevolution nach den Vorbildern im Baltikum, in Rußland und Rumänien ab gegen das deutsche Grundeigentum in den ehemals deutschen Provinzen.

Woher die Größe und Dauer dieser Gefahr für das Deutschtum im Osten? Sie ist eine Folge der falschen Grundbesitzverteilung und der Überbevölkerung Polens. In Polen steht ein an Zahl kleiner Großgrundbesitzerstand mit einer unverhältnismäßig großen Landfläche, von der aber nur die kleinere Hälfte bebaut werden kann, wenn die polnische Landwirtschaft nicht wie der russische Kambler zu schwerem Schaden kommen soll, einer gewaltigen Volksmasse landarmer und landloser Klein- und Zwergbauern gegenüber. Der leistungsfähige mittlere Bauernstand ist dagegen an Zahl und Größe der von ihm bewirtschafteten Landfläche wenig bedeutend.

Die polnische Grundbesitzverteilung von 1921 illustriert diese Schattenseiten der polnischen Agrarreform:

Art des Grundbesitzes	Durchschnittsgröße in ha	Zahl	Fläche	
			in v. H.	in Mill. ha
Großgrundbesitz . . .	746,—	17 665	35	13,2
Größere Bauerngüter . .	32,—	250 000	2	0,8
Mittlere „ . . .	10,2	700 000	24	7,9
Kleine „ . . .	5,8	2 000 000	20	7,6
Zwerggüter	0,9	8 000 000	19	7,4

Angehts des großen Kinderüberses der polnischen Kamblerbevölkerung und der Rückständigkeit der Landwirtschaft ist die Fläche, die zur Ernährung einer Familie nötig ist, erheblich größer als in Preußen und mit 3 ha eher zu niedrig als zu hoch geschätzt. Millionen landarmer und landloser Proletarier können aber weder als Wanderarbeiter in Polen und Preußen noch als Industriearbeiter in beiden Ländern eine ausreichende Existenz finden. Sie drücken auf den Arbeitsmarkt Polens und werden so eine unfreiwillige Quelle dauernder schwerer Gefahren.

Denn etwa 13 Millionen Inhabern von ländlichem Grundbesitz sind 10 Millionen Vollproletarier; nur 2,7 Millionen sind Betriebsinhaber! Auch in diesem wesentlich verengerten Kreis von Kamblerländern sind nur 35 v. H. ausreichend mit Land versehen. Die polnische Stodung hat bis 1923 erst 1 1/2 v. H. der Landarmen bzw. landlosen Bauern eine Vergrößerung bzw. Anschaffung lebensfähiger Wirtschaften gewähren können. Nun will das „Kandraubgesetz“ von 1925/26 jährlich 200 000 ha Land unter 70 000 bis 80 000 neue Bauernstellen bzw. vergrößerte alte Wirtschaften verteilen. Aber auch diese Reform kann nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten.

Denn das Blut ist in Polen viel fruchtbarer als der Boden und darum ist Polen mit jährlich 400 000 neuen landwirtschaftlichen und industriellen Proletariaten beglückt; die großgütige Agrarreform kann also nur den fünften Teil des polnischen Bevölkerungszuwachses auffangen. Außerdem ist die Agrarreform nur auf 10 Jahre möglich, weil dann das befristungsfähige Land des Großgrundbesitzes erschöpft ist.

Polens Industrie ist durch den Verlust des großen russischen Absatzmarktes auf die Umwandlung der Kaufmannswaren, in den Kleinbetrieben noch überwiegend auf primitive Eigenwirtschaft eingestellten Landwirtschaft zu einem leistungsfähigen Zweig der Volkswirtschaft angewiesen. Mit der Tendenz zur Industrialisierung, die mit dem Wirtschaftsimperialismus Hand in Hand geht, ist die Verstärkung des mittleren Bauernstandes unter Zurückdrängung der Kambler- und Zwergbetriebe eher verflucht. In Polen haben die Betriebe von 20–100 ha nur 11,5 v. H. im Preußen dagegen 52,5 v. H. der Landfläche inne! Die sehr das Überwiegen der Kambler- und Zwergbetriebe die Leistungsfähigkeit des polnischen Bodens beeinträchtigt, zeigt folgende Tabelle:

Leistungsfähigkeit des polnischen Ackerbaus im Verhältnis zur Grundbesitzverteilung.

	Verteilung der Besitzfläche in v. H.				Durchschnittlicher Betriebsertrag auf 1 ha in da (Zentrale 1925/26)
	0–5 ha	5–20 ha	20–100 ha	über 100 ha	Weizen (Koppen)
Preuß.-Polen	4,8	22,2	20,8	52,2	21,4
Weichelpolen	15,5	42,5	8,6	35,6	15,1
Galizien . . .	33,1	19,5	4,4	43,2	11,0
Östpolen . . .	9,5	27,4	8,8	54,3	11,4
Polen im Durchschnitt	14,8	30,8	6,6	44,8	14,4

Je weiter nach Westen, desto stärker wachsen sowohl der relative Besitzanteil des mittleren Bauernstandes bzw. der Betriebserträge; je weiter nach Süden und Osten, desto stärker treten Kleinbetriebe und Kamblerbetriebe hervor bei gleichzeitigem Sinken der Betriebserträge. Eine Ausnahme bildet die Verbindung des großen Anteils von Großgrundbesitz mit hohen Erträgen in Preussisch-Polen. Hier sind gegenwärtig noch ein großer Teil der landwirtschaftlichen Muster- und Industriegüter in deutscher Hand. Polen erkaufte die Vernichtung deutschen Grundbesitzes mit einem Rückgang der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, bedroht also ebenfalls das wirtschaftspolitische Ziel der Agrarreform mit Vernichtung. Da im Interesse der Erhaltung der leistungsfähigen Rüstgüter (im Westen 180 ha, im Osten 300, in Industrie- und Stadtbezirken 60 ha, Muster- und Industriegüter 550–750 ha) von 47 Mill. ha der Gesamtfläche des Großgrundbesitzes nur 2 Mill. ha ausgegliedert werden dürfen, wird nach 10 Jahren die gesamte Fläche von mindestens 10 Millionen landarmer Bauern Polens auf das unterbevölkerte Ostdeutschland drücken. Aus der polnischen Agrarreform werden also eher Voraussetzungen in nächster Zukunft dem Deutschtum an der Ostgrenze Gefahren erwachen, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Dr. Rudloff, Berlin.

Zur Zeitgeschichte

44. Tagung des Völkerbundes.

Der Völkerbundrat, der diesmal unter dem Vorsteher Deutschlands, d. h. seines Außenministers Dr. Stresemann, seine Märztagung abhält, verpöndelt auf seiner umfangreichen Tagesordnung feinerster Punkte von weltpolitischer Bedeutung. Trotzdem tritt er in Anwesenheit der Außenminister der führenden Staaten zu einer Zeit zusammen, in der weltpolitische Fragen von größter Tragweite die Begleitmusik zu den gegenwärtigen Genfer Verhandlungen spielen werden, so daß auch eine Beeinflussung dieser Besprechungen durch die Entwicklung jener Ereignisse möglich ist. Indes wird keine der großen Fragen, die im Hintergrund der Tagung stehen, die Tagung selbst beschäftigen können. Es ist dies weder der Fall bei der chinesischen Entwicklung, in der der Völkerbund dank der großen Entfernung, die ihn von den durch Genf schlechterdings nicht beeinflussten Direkten in Ostasien trennt, kaum eingreifen könnte, und in die er auch nicht eingreifen will, nachdem Chamberlain für den Hauptinteressen England eine derartige Intervention deutlich abgelehnt hat. Es ist dies noch weniger der Fall bei dem Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko einerseits

und Mexiko andererseits, und zwar darum, weil Nicaragua um entsprechende Einflussnahme gar nicht nachgesucht hat und weil eine derartige Einflussnahme dank der Stellung der Vereinigten Staaten bzw. Mexikos außerhalb des Völkerbundes auch ziemlich aussichtslos wäre. Schließlich wird der Völkerbund sich auch hüten, in den schwabenden Differenzen zwischen England und Rußland, die auf die augenblicklichen Verhandlungen starke Schatten werfen werden, irgendeine Vermittlung zu versuchen. Wohl aber ist gerade bei diesen Differenzen eine Rückwirkung auf aktuelle Fragen der Tagesordnung der gegenwärtigen Ratstagung denkbar.

Die wenigen Völkerbundstagen, die Deutschland bisher als Mitglied erlebt hat, haben den erfreulichen Beweis erbracht, daß gerade hochpolitische Spannungsmomente, wie sie zur Zeit zwischen England und Rußland bestehen, hinter den Kulissen der Ratstagung infolge der Möglichkeit einer persönlichen Zusammenkunft der führenden Staatsmänner wenn nicht beilegt so doch gemildert werden können. Nachdem Rußland durch seine jüngste Kundgebung dem Völkerbundsekretariat erneut zu erkennen gegeben hat, daß es auf Schweizer Boden sich dem Völkerbund nicht zu nähern gedenkt, wird eine direkte Verständigung zwischen England und Ruß-

land auf der gegenwärtigen Ratstagung allerdings nicht erreicht werden können. Indessen werden die führenden Staatsmänner die Gelegenheit dieser Zusammenkunft vielleicht benutzen können, um zum Ausgleich der bestehenden Differenzen und damit zur Beruhigung der europäischen Atmosphäre beizutragen.

Die Besprechung am 1. Dezember 1918 wurde durch eine vorausgesetzte kurze Tagung auf die Besprechung wichtiger Punkte der Tagesordnung beschränkt, während die meisten rasch erledigt oder in Aufschüsse verworfen werden durften. Zu den dringlichen Punkten, die gleichzeitig deutlich besonders angehen, gehört die Neuwahl des Präsidenten und einiger Mitglieder der Regierungskommission im Saargebiet, sowie die Frage der Kaskadierung der französischen Truppen aus diesem Lande, die in der lange zur selbständigen Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung im Saargebiet, die heute nicht zur Zurücknahme einer Gruppe zu bestimmen vermochte. Schon auf der letzten Tagung hat es Frankreich verstanden, unter dem Vorwande der Sorge für die Sicherheit des Eisenbahnerverkehrs im Saargebiet die Einrichtung eines sogenannten Bahnschutzpostens von einigen hundert Mann zu empfehlen. Die Demembrierung des Völkerbundes war aber durch die mittelbaren und unmittelbaren Besprechungen über die Beendigung der Militärkontrollkommissionen, die die Besetzung der Eisenbahnen eines Teils des Saargebietes durch "sogenannte Inspektoren" des Völkerbundes selbst befestigt. Infolgedessen mußte der französische Vorschlag eines Bahnschutzsystems im Saargebiet, der mit den Bestimmungen des Versailles Vertrages nicht vereinbar ist und im Hinblick auf die immer von neuem drohende Gefahr einer Einrichtung von elements starken im besetzten Gebiet zu starken Bedenken Anlaß gibt, damals verjagt werden. Zudem muß auf der gegenwärtigen Tagung eine Frage, die die Besetzung der Eisenbahnen im Saargebiet, die Frage, sowie die Frage der Zusammensetzung und des Vorhandenseins der Regierungskommission in einer den Wünschen der Landesbewohner Rechnung tragenden Weise regelt.

Handelt es sich hier um ein Gebiet, das nach den Bestimmungen des Verfallter Vertrages nur auf Zeit der Souveränität des Deutschen Reiches entzogen ist, so betreffen die beiden anderen deutschen Punkte der Tagesordnung Angelegenheiten der deutschen Bevölkerung in abgetretenen oder internationalisierten Gebieten. Doch wird die Besprechung einer von Deutschland überreichten Beschwerde wegen Verletzung deutscher Rechte in den 5-Schluß polnischen Oberbeschlüssen hoffentlich in einem Geiste möglich sein, der auch weitere Besprechungen zwischen dem deutschen und polnischen Außenminister über die schwebenden deutsch-polnischen Differenzen in Sachen der polnischen Ausweisungen und der dadurch unterbrochenen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen außerhalb der Rats-tagung ermöglicht. Voraussetzung dafür wäre freilich, daß auch die in dieser Hinsicht der deutschen Regierung vorliegenden polnischen Staatsverträge über Lagerung und Transport von Kriegsmaterial innerhalb derselben im Einvernehmen mit Polen erledigt werden können. Ebenfalls deutsche Interessen berühren die voraus-sichtlichen Besprechungen über die Frage, ob die Mandatskommission des Völkerbundes die Mandatsmächte in der bisherigen, von ihnen schon verschiedentlich bestrittenen Weise zur Rechtschaffenheit stellen darf und inwieweit die Verträge von polnischen Mandatsmächten mit den Mandatsmächten gebildet werden muß.

Andere Punkte der Tagesordnung betreffen die Vorbereitung von Völkerverbandskonferenzen der nächsten Zeit. Dabei handelt es sich um die Weltwirtschaftskonferenz, über die Reichsminister Dr. Stresemann Bericht erstatten wird, um die Weltnotkonferenz, die eine internationale Versicherung gegen Katastrophen zum Ziele hat und auf der heutigen Ratstagung ihren Präsidenten erhalten soll, und um die einmögliche Festsetzung des schon lange fälligen Datums für eine Völkerverbandskonferenz über die private Herstellung von Waffen und Munition.

Nebenher laufen allerhand Fragen, die zum ersten Befand der Genfer Tagesordnung der letzten Jahre gehören, ein allgemeines Interesse aber nicht beanspruchen können, da die meisten, soweit sie theoretischer oder technischer Natur sind, d. h. Fragen der Interpretation oder Durchführung der Völkerverbünderschaft darstellen, ihr Sonderleben in Ausschüssen und Unterausschüssen weiterführen dürfen. Hierbei gebden Budget-, Personal- und Verwaltungsfragen, weiterhin die leidige Frage der Behandlung von Völkerverbündungsmitgliedern, die ihre Beiträge fett Jahr und Tag schuldig bleiben, aber auch auf dieser Tagung deswegen noch kaum mit rigorosen Maßnahmen geschränkt werden dürfen, da die wichtigere Frage der Nachprüfung der Zustimmung der zum Vertragsschlußsystems für nichtbindende Zustimmung der endliche Zielangelegenheiten der Traktate, des Schutzes von Flüchtlingen, Kinderlosen, sowie Glücklichen- und Transportfragen. Aber auch von der Behandlung der dieser Fragen, zu denen noch aus früheren Tagesordnungen schon bereits bekannte Punkte der Einberufung eines Pressesatzüberlängig-ausschusses zwecks internationaler Regelung technischer Pressen-gelegenheiten gehört, dürfen besondere Überprüfungen ebensowenig zu erwarten sein, wie dies bei den anfänglich aufgeführten aktuellen Problemen der gegenwärtigen Tagung der Fall sein wird.

Die Abänderung der Arbeitszeitverordnung.

Die große Arbeitslosigkeit hat in letzter Zeit die Klagen darüber verurteilt, daß die langen Arbeitszeiten, die unter der Geltung der jetzigen Arbeitszeitregelung vielfach in Anspruch genommen werden, sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen seien. Um die Berechtigung dieser Klagen zu prüfen, hat die Reichsregierung durch die Reichsarbeitsverwaltung eine Erhebung über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit in einigen wichtigen Industrien vornehmen lassen. Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit konnte diese schwerere Erhebung nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Industrie umfassen und erhält ein vollständiges Bild geben. Sie ist als „Reichsarbeitszählung“ am 5. März 1935 abgeschlossen worden. Die Ergebnisse bestätigen die Klagen über den großen Umfang der Überarbeit in gewissen Industrien, wieweil Mißbräuche nicht in dem Umfange festgestellt worden sind, wie vielfach angenommen worden war. Die Veruche des Reichsarbeitsministeriums, im Laufe des letzten Jahres eine Einschränkung der Überarbeit und eine strengere Durchführung der Arbeitszeitordnungen im Verwaltungsweise zu erreichen, haben sich nicht als ausreichend erwiesen. Auch die weitere Durchführung des § 7 der Arbeitszeiterordnung, auf Grund dessen am 9. Februar d. J. für Gießereien, Metallblättler, sowie Glashütten und Glasbläseleisen drei neue Ausführungsverordnungen erlassen wurden, nachdem schon früher entsprechende Verordnungen für Kokeren und Hochofenerien ergangen waren, genügt nicht, da sich die Verbodungen nur in den beteiligten Industrien auswirken. Die Reichsregierung hat sich daher in diesen Umständen nummehr zu einer sofortigen Abänderung der Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1925 entschlossen und dem Reichsrat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die Reichsregierung hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß sich diese Regelung als Notregelung auf die dringenden Abänderungen der Arbeitszeiterordnung beschränken müsse, insbesondere auf die Beseitigung derjenigen Vorkehrungen, die in den befürworteten bei Erlass der Arbeitszeiterordnung bestehenden Ausnahmefällen ihren Grund hatten, unter den heutigen veränderten Verhältnissen aber nicht mehr berechtigt oder erforderlich erscheinen. Sie glaubt daher in der Abänderung nicht so weit gehen zu können wie ein neuerdings im Reichsrat aus der ersten Lesung eingebrachter Initiativgesetzentwurf, der „den produktiven Arbeitseinsatz fördern und weit über die Arbeitszeiterordnung hinaus, die das Wohlbefinden der Arbeiter und die Arbeitszeit vorbestimmt und die in den übrigen Industrien fast ausschließlich in

Inhaltlich hat der Gesammtwart der Reichsregierung eine Abänderung der geltenden Arbeitszeitordnung in denjenigen Punkten, die besonders zu Klagen über zu lange Arbeitszeiten Anlaß gegeben haben. Zu § 6 der Arbeitszeitordnung wird vorgeschrieben, daß nach Wegfall eines Cariftvertrags die Behörde noch während der Monate keine längere Arbeitszeit genehmigen kann, als sie nach dem Cariftvertrag zulässig war. Ferner wird für behördlich zugelassene Mehrarbeit von Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag vorgeschrieben, um auf diese Weise entgegen der Mehrarbeit entgegenzunehmen. Eine Änderung des § 9 macht die Verlängerung der Arbeitszeit über zehn Stunden hinaus, die aus dringenden Gründen des Gemeinwohls ausnahmsweise zulässig ist, von einer behördlichen Genehmigung abhängig, während bisher dem Ermessen der Beteiligten nach dieser Richtung freier Spielraum gegeben war. Derartige Verstöße gegen die Arbeitszeitordnung ist wohl die Ausbeutung der Arbeiter durch Arbeitgeber, der eine an sich unangelegentlich unter bestimmten freiwillig eingetretene Mehrarbeit unter gewissen Voraussetzungen für straflos erklärt; diese Bestimmung hat die Durchführung der Arbeitszeitordnungen ungünstig beeinflusst und ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar.

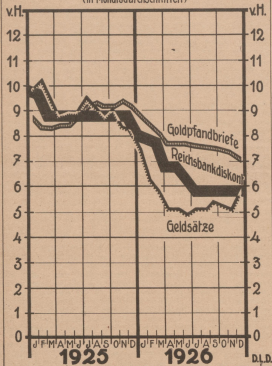
Der deutsche Geldmarkt im Jahre 1926.

für das Jahr 1926 ist eine außerordentlich starke Senkung der Zinssätze auf dem Geldmarkt charakteristisch. Die Kasse auf dem Geldmarkt war im Jahre 1926 grundbaldig anders als im Jahre 1925, das eine nicht unbedeutende Anspannung des deutschen Geldmarktes gebracht hatte. Im Jahre 1925 hatten sich die Gelbfälle (tägliches Geld, Monatsgeld, Privatskonten), abgesehen vom Anfang des Jahres, bis zum Herbst hinein verhältnismäßig stabil gehalten, die Realverzinsung der Goldpandbriefe war sogar im Sommer und Herbst 1925 gestiegen, und der Reichsbankdiskont hatte sich von März bis Dezember 1925 auf die Höhe von 9 v. H. gehalten. Um so auffälliger ist die erhebliche Senkung, die die Zinssätze im Jahre 1926 erfahren haben. Das nachstehende Schema zeigt den Umfang, in dem die Zinssätze im letzten Jahr zurückgegangen sind.

Vom Herbst 1925 an stürzten die Geldsätze (tägliches Geld, Privatdiskont, Monatsgeld) in jäh abfallender Kurve bis etwa zum April des Jahres 1926. Die gleiche Bewegung zeigte die Realverzinsung der Goldpfandbriefe, wenn auch hier der

Zinssätze 1925 - 1926

(in Monatsdurchschnitten)



Aufgang des Zinsniveaus nicht so stark war wie bei den Geldsätzen. Während damit vom April an die Kurve der Realverzinsung der Goldpfandbriefe ganz allmählich bis zum Ende des Jahres abfiel, hielten sich die Geldsätze zunächst auf dem erreichten Niveau und fielen in der zweiten Hälfte des Jahres langsam an. Der Reichsbankdiskont, dessen Festsetzung seitens der Reichsbank grundsätzlich unter Berücksichtigung allgemeiner kreditpolitischer und volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte geschieht, und der im allgemeinen als der weithin sichtbare Gradmesser der Geldmarktlage angesehen werden kann, ist im Jahre 1926 ebenfalls herabgesetzt worden, und zwar im Juli 1926 auf 6 v. H. Im Januar 1927 folgte die Herabsetzung auf 5 v. H.

Die Senkung der Zinssätze im abgelaufenen Jahr war zum Teil eine Folge der Konjunkturlage in der deutschen Wirtschaft — das Jahr fand zum größten Teil im Zeichen der Wirtschaftskrise und der sich daran anschließenden Depression —, zum anderen Teil war die Senkung der Zinssätze eine Folge der allgemeinen Entwertung auf dem deutschen Geld- und Kapitalmarkt, einer sich über Jahre hinziehenden Entwertung, die sich als eine allmähliche Lösung der großen Spannungen darstellte, die unmittelbar nach Beendigung der Inflation einsetzten. Nach der Stabilisierung der Währung lagen die Zinssätze auf einer anomalen Höhe; mit der allmählichen Konsolidierung der Wirtschaftsverhältnisse nach den schweren Erschütterungen der Inflation mußte auch eine Senkung des Zinsniveaus Hand in Hand gehen.

Die autonome Republik der Wolgadeutschen.

Unter den deutschen Siedlungen in Rußland ist dem hauptsächlich von deutschen Einwanderern aus Hessen und Schwaben seit 1764 bewohnten Gebiet am mittleren Laufe der Wolga, im Gefolge des Sowjetbundes, eine besondere Stellung eingeräumt worden, indem dies Gebiet (am 6. Januar 1924) zur „Autonomen Sozialistischen Räte-Republik der Wolgadeutschen“ proklamiert wurde (A. S. R. A. U. P.).

Aus der Verfassung der A. S. R. A. der Wolgadeutschen, die in der Konstitution der A. S. F. S. R. zum Ausdruck gekommen sind,

im Leben durchzuführen“, geht hervor, daß die A. S. R. A. keinerlei Souveränitätsrechte hat; ferner, daß auch die Befugnisse des Rateskongresses und des Zentralvollzugsausschusses sowie die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit der obersten Organe der A. S. R. A. durch Verfassungsbefugnisse begrenzt bzw. an unmittelbare Verfügungen der entsprechenden Organe der A. S. F. S. R. gebunden sind.

Es erscheint nach der Verfassung kaum zweifelhaft, daß die A. S. R. A. der Wolgadeutschen nicht als Staat angesprochen werden kann. „Es ist ein durchaus neuer Typus zur Durchsetzung der Staatsgewalt geschaffen, der sich hinter den Kulissen der Benennung „Autonome Republik“ — verbirgt, um es Moskau zu ermöglichen, die großen unifizierenden Tendenzen um so ungehörter zu verfolgen, die sich aus tausendjähriger Geschichte des zaristischen Moskowerstaates ergeben. Politische Werkzeuge der großrussischen Politik sind sämtliche autonomen Republiken —“. In der Verfassung ist die deutsche Sprache als offizielle Amtssprache für das Gebiet der A. S. R. A. anerkannt, neben ihr aber auch die russische. Die tatsächliche Sprache in den meisten Regierungs- und Amtsstellen ist jedoch russisch. Bedingt wird diese Erscheinung vor allem durch den Mangel an deutschen Beamten, 3 T. vielleicht aber auch durch eine gewisse Indolenz der wolgadeutschen Bevölkerung.

Das Gebiet der A. S. R. A. der Wolgadeutschen ist — an russischen Verhältnissen gemessen — nicht groß: sein Flächeninhalt beträgt rund 23 000 qkm, was etwa dem Areal der freilassenen Sachsen und Oldenburg entspricht. Bei einer Bevölkerungsdichte von 28 Einwohnern auf 1 qkm beträgt die Gesamtzahl der Bevölkerung rund 550 000 Einwohner (gegen 650 000 vor dem Kriege), von denen 67 v. H. Deutsche, 17 v. H. Russen, 9 v. H. Ukrainer sind und die restlichen 7 v. H. auf andere Nationalitäten entfallen.

Administrativ ist die A. S. R. A. in Kantone (14) und weiter in Gemeinden bzw. Dörfer eingeteilt. Unter Berücksichtigung der örtlichen Nationalitätenmehrheit zählt man neun rein deutsche Kantone mit rund 200 Gemeinden, einen rein russischen Kanton und vier Kantone mit gemischter Bevölkerung.

Trotz eines gewissen Aufschwungs während der letzten 3 bis 4 Jahre ist sowohl in der landwirtschaftlichen als auch in den meisten Zweigen der industriellen Produktion der Vorkriegsstand noch lange nicht wieder erreicht worden. So betrug die Ackerbaufläche im Gebiet im Jahre 1925 nur 65,8 v. H. derjenigen des

*) G. Kleinow in Heft 2/3 der Zeitschrift „Ost-Europa“ Jahrg. 1928/27.



Jahres 1916; die Produktion der Holzindustrie und der Federindustrie betrug 1924/1925 45 000 cbm bzw. 4600 Pud Feder gegen 250 000 cbm bzw. 25 000 Pud im Jahre 1913. Die Gesamtproduktion der Industrie der U. S. A. R. der Wolgadeutschen differierte sich 1924/1925 auf 12,85 Millionen Goldrubel und 1925 bis 1926 auf 22,58 Millionen Goldrubel. Die Kaufsmannschaft des wirtschaftlichen Wiederaufbaus erscheint neben allgemeinen wirtschaftspolitischen Momenten bedingt vor allem durch Kapitalmangel, durch die Schwierigkeit der Beschaffung der Verkehrsmittel, durch die Schwierigkeit der Hilfsmittel und nicht zuletzt durch den Mangel an genügend ausgebildeten technischen und landwirtschaftlichen Spezialisten. Was nützt dem Bauer die beste landwirtschaftliche Maschine, wenn der geringste Defekt sie für ihn fast wertlos macht, da ein Techniker für deren Reparatur für ihn nicht erreichbar ist.

Das kulturelle Leben der Wolgadeutschen leidet in hohem Maße darunter, daß es mit der Kultur und dem geistigen Leben des hiesigen vorderen Deutschlands kaum in Berührung kommt; vor dem hiesigen vorderen Deutschlands faßt in der evangelischen Geistlichkeit, die Kriege vermitteln nicht zuletzt die evangelischen Geistlichen, die in Deutschland vorher im deutschen Dorpat studiert hatten, und die in Deutschland vorher, ebenso wie deutsche landwirtschaftlichen Spezialisten, trotz aller Auffrischungsmöglichkeiten der Regierung, eine Befruchtung der Wolgadeutschen mit deutschem Wissen und deutscher Kultur. Heute ist diese Befruchtung unterbrochen: von den Pastoren sind nur noch wenige da, von denen jeder 4 bis 5 Gemeinden zu versorgen hat; der Nachwuchs der Klerikatskinder wird im Gebiet selbst herangebildet. Die Wolgadeutschen sind Deutsche und wollen Deutsche sein. In ihrem Sinne und Interesse müßte es demnach liegen, die Verbindung mit ihrem geistigen Heimatland auf jede Weise neu zu knüpfen und auf diesem Wege mit aller Energie an die Überwindung ihrer kulturellen, sozialen und technischen Isolierung zu arbeiten, die auf die Dauer eine ernste Gefährdung ihres nationalen Eigenlebens bilden muß.

Die militärischen Aufwendungen Polens.

Die schwierige Finanzlage Polens, die in der zweimaligen Entwertung der Währung ihren deutlichen Ausdruck gefunden hat, ist zum guten Teil dadurch herbeigeführt, daß man sich auf polnischer Seite nicht entschließen kann, die Ausgaben für Heereszwecke herabzusetzen. Ein einziges Mal ist ein erster Schritt in dieser Richtung gemacht worden, und zwar Ende des Jahres 1925, als der Sturz des Gloty drohte, ein wirtschaftliches Chaos herbeizuführen. Darum hat man durch längere Verurteilungen von Mannschaften und durch Entlohnung überflüssiger Offiziere bei den höheren Militärbehörden tatsächlich einige Ersparnisse herbeigeführt, und der Plan, ohne Verminderung der Heeresstärke eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben durch Herabsetzung der Dienstzeit zu erzielen, wurde ernstlich erwogen. Als aber die gewaltsamen Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr, die gute Ernte von 1925 und die Kohlenausfuhr im Jahre 1926 während des englischen Vorgeberstreiks die polnische Handelsbilanz aktiv gehalten hatten und eine unmittelbare Gefahr für die Währung nicht mehr bestand, ist es auch von den Verantwortlichen nach einer Reduzierung der Heeresausgaben wieder still geworden, obgleich Polen von einer wirklichen Sanierung seiner finanziellen Verhältnisse noch weit entfernt ist. Im Sommer 1926 wurden sogar die Offiziersgehälter wesentlich erhöht, so daß sie in einem Mißverhältnis zu den gänzlich unzulänglichen Beamteneinkünften stehen.

Nach dem Vorschlag für 1927 beträgt das polnische Heeresbudget etwas über 700 Millionen Gloty. Bei einem Gesamteinkommen von etwa 2 Milliarden Gloty sind dies etwa 35 v. H. oder mehr als ein Drittel. Die tatsächlichen Ausgaben sind jedoch noch höher. Für seinen Bedarf über das Heeresbudget für 1927 hob der Verwalter der Einnahmen hervor, daß die von der Regierung veranschlagten Summen mit den bewilligten Summen nicht übereinstimmen. So hätten im Jahre 1925 die Heeresausgaben 16 Milliarden betragen, während nur 725 Millionen bewilligt waren, während dem freien Ausgaben für militärische Zwecke auch an anderen Stellen des Budgets. So unterliegt beispielsweise das Grenzschutzkorps mit etwa 24 000 Mann dem Ministerium des Innern und erscheint natürlich unter dem Etat dieses Ministeriums.

Die Effektivstärke des polnischen Heeres beträgt rund 500 000 Mann. Dazu kommt das schon erwähnte Grenzschutzkorps und die Marine mit 2700 Mann. Bei einer Betrachtung der militärischen Stärke Polens ist aber vor allem zu berücksichtigen, daß systematisch eine außerordentlich starke militärische Ausbildung der Zivilbevölkerung betrieben wird, von der Schuljugend an bis zur Ausbildung der Frauen im Sanitäts- und Bürodienst. Seit 1925 besteht bei dem polnischen Kultusministerium eine besondere Behörde für körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung. Dies erfordert natürlich auch Ausgaben für Heereszwecke, die unmittelbar nicht als solche erscheinen.

Von polnischer Seite ist wiederholt versucht worden, die Heeresausgaben Polens mit denen Deutschlands zu vergleichen und hieraus Schlüsse auf die militärische Vorbereitung beider Länder zu ziehen, da auf die Goldparität umgerechnet die deutschen Heeresausgaben höher sind als die polnischen. Eine solche Schlussfolgerung ist natürlich völlig falsch. Denn Polen infolge der Währungserschütterung und infolge der billigen Lebensverhältnisse scheinbar absolut nicht mehr aufwendet als Deutschland für ein notorisch kleineres Heer, zumal unter den erschwerenden Sonderbestimmungen des Versailles Vertrags, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die polnische militärische Rüstung in jeder Beziehung: Festungen, Luftwaffe, schwere Geschütze, Gas Kampfmittel usw. die deutsche bei weitem übertrifft. Es ist auch keine Wiedergabe der Tatsache, daß für die polnischen Finanzen eine Ausgabe von 30—40 v. H. für Heereszwecke eine sehr schwere Belastung ist, während Deutschland nur etwa 5 v. H. seines Etats für die gleichen Zwecke aufwendet.

Das neue Deutschland-Amerika-Kabel.

Unter den völkerverbindenden Mitteln zwischen den durch Ozeane getrennten Erdteilen und Nationen steht das Unterseekabel trotz der phänomenalen Entwidlung der Funkentelegraphie noch immer an hervorragender Stelle. Trägt der Schiffsverkehr die Menschen und Güter von einem Ufer zum andern, so stellt das Kabel den unmittelbaren, von Sekunde zu Sekunde herstellbaren Kontakt her zwischen den politischen, den wirtschaftlichen und den kulturellen Vorgängen und Lebensprozessen der Völker. Daher ist die Wiederherstellung und Vervollständigung eines solchen lebenswichtigen Verbindungsstranges zwischen zwei Nationen, wie den Vereinigten Staaten und Deutschland ein Ereignis von epochenmachender Bedeutung. Als solches ist es auch in den am 4. März d. J. in Berlin abgehaltenen Eröffnungsfeierlichkeiten für das deutsch-amerikanische Embay-Agoren-New York-Kabel von allen beteiligten Faktoren wie Regierungen, Wirtschaft, Finanz und Presse gewürdigt worden.

Die Wiederanknüpfung dieses Verbindungsadens zwischen Deutschland und der Welt ist eines der letzten und hoffnungsreichsten Glieder in dem Wiederaufbau unserer durch den Krieg zerstörten Beziehungen nach außen. Am 5. August 1914 kam die lakonische Meldung: Kabel Embay—Agoren, Embay—Cancun, Embay—New York unterbrochen. Damit verloren wir unsere gesamten, gegen 20 000 Seemeilen messenden überseeischen Kabelbesitz. Der Vertrag von Versailles ließ diesen Verlust in der Isolierung Deutschlands und seine Ausgestaltung aus dem Weltverkehr vorzuziehen zu werten. Er nahm uns das Eigentumsrecht an unseren Kabeln im Werte von rund 80 Millionen Mark. Gewiß hatte uns die in den ersten Tagen des Krieges vorgenommene Durchschneidung unserer Kabeln nicht gänzlich aus dem Weltverkehr verdrängt; die Not war auch hier die Mutter der Erfindung, und das deutsche Funknetz entwickelte sich unter diesem Druck in großartiger Weise und machte den Verlaß zu erheblichem Teile wett. Aber ohne den zum Unterschied von der Radiowelle aus atmosphärischen Störungen unabhängigen und die Geheimhaltung der Meldungen sicher verbürgenden Unterseekabelverkehr wäre es für Deutschland auf die Dauer, wollte es im Wiederaufbau eine seiner stetig wachsenden Bedeutung entsprechende Rolle im Weltverkehr und im Leben der Völker spielen, doch nicht gegangen. Und so begann die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft trotz der Unruhe der Zeiten mit ihrem Entschluß im Jahre 1923 Anschlussverhandlungen in Amerika, um den deutschen, Embay mit den Vereinigten Staaten einen Teil eines transatlantischen Kabels durch eine Länge von 3 Millionen Meilen zu finanzieren. Ungeachtet aller Widerstände, die sich aus dem Inflationslabyrinth Deutschlands ergaben, wurde diese Transaktion durchgeführt. Es folgte dann in logischer Weiterentwicklung der Abwicklung einer Interessengemeinschaft zwischen der deutschen Gesellschaft und den beiden amerikanischen Telegraphengesellschaften, der Western Union, welche 1924 ein Kabel neuesten Typs zwischen New York und dem Agoren gelegt hatte, und der Commercial Cable Company, der alten Vertragspartnerin der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft. Im September 1925 erhielten die Norddeutschen Seekabelwerke in Vörsenhem in Obenau von der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft den Auftrag zur Herstellung des deutschen Kabelstüdes. Trotzdem die deutsche Kabelindustrie solange durch den Krieg so dringlich abgeschnitten war und an den technischen Fortschritten nicht aktiv hatte teilnehmen können, gelang es der deutschen Firma im Zusammenarbeiten mit der Telegraphentechnischen Reichsanstalt, dieses neue, als Errungenschaften der modernen Technik in sich verkörpernde Kabel in Länge von 1900 Seemeilen herzustellen. Der deutsche Kabeldampfer „Neptun“ führte dann in der Zeit vom August bis Oktober 1926 die Auslegung des deutschen Kabels teils auf dem Wege Nordsee, Kanal, Atlantischer Ozean nach der Agorensinsel Fayal durch. Dort, in dem Orte Horta, ist der Meils-Anschluß an das aus New York kommende Amerika-Kabel hergestellt worden und damit der Stromweg zwischen der deutschen Station, dem Telegraphenamt in Embay, und den New Yorker Kopstationen der beiden großen amerikanischen Telegraphenetze hergestellt, die über

den ganzen amerikanischen Kontinent, auch nach Mittelamerika, ausbreiten. In technischer Hinsicht stellt das neue Kabel einen großen Fortschritt dar. Das neue, nach dem dänischen Erfinder Krap benannte Konstruktionsverfahren erhöht die Seilzugfähigkeit des Kabels sehr beträchtlich. Während früher ungefähr 300 Seilen in der Minute gezogen werden konnten, läßt sich jetzt mit Hilfe der neuen Schaltungen eine Seilenzahl von rund 1500 erreichen, und zwar handelt es sich dabei, nachdem hier zum ersten Male in der Seefahrtpraxis die Cypendruelographie eingeführt ist, um 1500 Zuckungen in der Minute.

So bietet dieses neue Deutschland-Amerika-Kabel alle Vorschläge für die Erfüllung der Wünsche und Hoffnungen, die sich an seine Eröffnung geknüpft und die besonders prägnanten Ausdruck

in den Begrüßungstelegrammen der Staatsoberhäupter der beiden Länder gefunden haben. Weit über seine unmittelbare praktische Bedeutung für Handel, Finanz und Wirtschaft soll es ein Instrument der Völkerverständigung werden und hoffentlich auch die hohe Mission erfüllen, in der wechselseitigen Berichterstattung der Presse beider Länder die letzten Reste der aus der Kriegserbitterung übriggebliebenen Mißverständnisse hinwegzuräumen und die beiden großen Völker zum Segen der Menschheit und des Friedens der Welt immer näher zu bringen. Daß diese Gedanken mit starker Betonung in den Ausführungen der deutschen und amerikanischen Redner, besonders in der Ansprache des amerikanischen Völksherrn bei der Eröffnungsfeier in Berlin zum Ausdruck gekommen sind, ist ein gutes Omen.

Blick in die Bücher

Einführung in die Politik. Mit 46 Kartenbeigaben. Von Dr. Wilhelm Sieglitz. 1927. Gentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, 520 Seiten. Preis brosch. 8 RM., in Halb. 10 RM.

Um es gleich vorweg zu sagen: das ist ein ausgezeichnetes Buch! Der Titel klingt so nüchtern, beinahe abschreckend; man vermutet eine gelehrte Abhandlung über das Wesen der Politik mit vielen begrifflichen Formulierungen und breiten theoretischen Auseinandersetzungen. Statt dessen bringt der Verfasser eine wirkliche Einführung in das praktische politische Leben der Gegenwart, die so lebendig und so anschaulich geschrieben ist, daß der Leser davon gepackt wird und von dem Buch nicht eher wieder loskommt, als bis er es zu Ende gelesen hat. Damit ist der richtige Weg gefunden, um an den politischen Menschen das herauszubringen, was die notwendige Voraussetzung aller Politik, auch aller politischen Kritik, ist: ein solches politisches Wissen. Man muß das Sieglitzsche Buch mehrmals gelesen haben, um ganz zu erkennen, welche Fälle von politischem Sachwissen darin enthalten ist. Ausgezeichnete Kartenfiguren und graphische Darstellungen dienen zur Veranschaulichung der Tatsachen und zur Aufklärung der geopolitischen, der welt-, wirtschafts- und innenpolitischen Probleme in der Gegenwart. So wird der Leser, ohne daß er die Absicht merkt, immer wieder zum politischen Denken angeregt. Erfolgreich ist die Entschloßtheit, mit der die Bedeutung des Irrationalen auch in der Politik immer wieder betont wird, die Mahnung zu kritischer, umsichtiger Prüfung und die häufige Warnung vor voreiligen Schlüssen und Verallgemeinerungen. Und der Verfasser selbst in seiner Darstellung streng vermeidet. Der starke ethische Grundton, der das ganze Buch geht, kann nicht ohne Einfluß auf die politische Willensbildung des Lesers bleiben. Der Verfasser gliedert seinen umfangreichen Stoff in der Weise, daß er zunächst die tatsächlichen Grundlagen der Politik aufzeigt, die sich aus den Wechselbeziehungen zwischen Erde und Mensch, zwischen Land und Meeren ergeben, um dann eingehend die politische Willensbildung im Innern und nach Außen, also das Verfassungsverhältnis und die weltpolitischen Ziele und Wege der modernen Großstaaten zu behandeln. Man folgt ein besonders wertvolles Stück des Buches; darin werden die verschlungenen Pfade zwischen Politik und Wirtschaft und die Problematik ihres Verhältnisses auf Grund der modernen Sachlage aufgedeckt. Die nächsten Abschnitte handeln von der Macht der Idee in der Politik, von Rührung und Abklärung und von der Organisation eines internationalen Willens im Völkerbund. Mit einer feinsinnigen Untersuchung über das Verhältnis des Deutschen zur Politik und einer von gläubiger Zuversicht getragenen Betrachtung über Deutschlands gegenwärtige Stunde und die nächsten Aufgaben der deutschen Politik schließt die eigentliche Darstellung. Im „Heimatdienst“, dessen Feiern der Verfasser kein Unbekannter ist, braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden, daß das Buch auf streng wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut ist. Besonders dankenswert sind die reichen Literaturangaben nicht nur am Anfang des ganzen Werkes, sondern auch am Ende jedes größeren Abschnittes sowie das sehr ausführliche und bei der Eigenart der Darstellung ganz unentbehrliche Inhaltsverzeichnis. Das Buch wird der unseren Völkern so bringenden nötigen politischen Erziehung und Bildung dienen, dazu ist es in besonderem Maße geeignet. Man wünsche, daß es in die Hand jedes politisch interessierten und im öffentlichen Leben stehenden Deutschen käme. Der allem aber sollte jeder danach greifen, der durch Beruf oder aus Neigung an der politischen Bildung und Erziehung unseres Volkes mitarbeitet. Diese „Einführung in die Politik“ ist eine unergiebliche Stoffsammlung und zugleich ein unübertroffener Wegweiser.

Dr. Körber.

Konrad Bese, Walspurgismacht. Ein Märchenepos von Heimat und Welt. Mit Bildern von Wilhelm Peterßen. Berlin (1927). Deutscher Schöners Verlag G. m. b. H. 112 S. Preis brosch. 4 RM., geb. 5 RM.

Der Deutsche Bund Heimatdienst hat in diesem bilderreichen, schön ausgestatteten Werkchen die zunächst etwas seltsam anmutende

Zufolge durchgeführt, einen erfolgreichen Film, den großen, von ihm herausgegebenen Deutschlandfilm „Walspurgismacht“ in ein Buch zu verwandeln, während sonst umgekehrt die Verfilmung eines Buches ganz und gäbe ist. Die Handlung dieses Films, der von Ess Kindner und Armin Peterßen stammt, hat Konrad Bese mit zartem Gefühl für das Syrische und Romantische und mit feinem Humor nachzählt. Was der Film mit seiner Verbindung von lebenswürdigem Spiel und buntem Panorama deutscher Landschaftsbilder wollte, die deutsche Heimat in ihrer ganzen herrlichen Fülle von Schönheit und Kunst den zahlreichen Betrachtern zu zeigen, das will das Büchlein jetzt vertiefen. Der liberale reiche illustrative Schmuck — Kohlezichnungen von Wilhelm Peterßen — läßt vor unseren Augen das schöne Deutschland in Landschaft und Stadtbild aufstehen, während der begleitende Text uns in fremdenheim Spiel durch die deutschen Gänge führt. — Es ist eine Freude in dem Büchlein zu blättern und alte Reitererinnerungen neu aufleben zu lassen. Es kann jedem, der seine Heimat liebt, bestens empfohlen werden.

Die koloniale Schulpflicht. Von Dr. Heinrich Schöne, ehem. Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. Buchverlag der Südwestdeutschen Monatshefte, München. 103 S. Preis: brosch. 3 M., geb. 4,20 M.

Diese Schrift ist eine systematische Auseinandersetzung mit der sogenannten kolonialen Schulpflicht. Es werden denselben und offensiv alle Tatsachen zur Überlegung dieser Lebensgröße vorgebracht. Zunächst wird der Betrag in Versailles geschildert, sobald die tatsächliche Festlegung der deutschen Kolonialpolitik und schließlich die jetzige Kolonialpolitik der Mandatsmächte in unseren ehemaligen deutschen Kolonien. Die Schrift ist ruhig und sachlich gehalten und darum fast überzeugend. Dafür zeugt auch, daß sie in englischer Ausgabe vor einiger Zeit in einem Sonderdruck erschienen ist, und mit einem Vorwort des bekannten englischen Historikers und Kolonialfachverständigen W. H. Dawson. Diese englische Ausgabe hat, wie bereits bekannt, in England großes Aufsehen erregt und Erhebliches zur allmählichen Meinungsumstellung dort beigetragen. Dadurch hat sich Gouverneur Schöne ohne Zweifel ein starkes Verdienst um den deutschen Namen in England erworben. Das Buch scheint uns das beste Kompendium zur deutschen Kolonialpolitik zu sein und wird in seiner Wirkung unterstützt durch eine Reihe ausgezeichneter Bildbeilagen zur Illustrierung der deutschen kolonialen Festlegungen.

Germanische Wölberelevierung. Unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter. Herausgegeben von Dr. Hermann Zöllau, Heidelberg. Carl Winters Universitätsbuchdruck. 700 S. Leinenband 28 M.

Immer in nationalen Zirkeln, wenn der Druck von draußen auf unser Volk lastet, pflegt die Selbsthinnahme, ein stärkeres Zurückgegriffen auf den eigenen Wert und die eigene Art einzutreten. Das war bei uns zu Anfang des 19. Jahrhunderts genau so der Fall wie jetzt. So schön und nützlich diese geschnitzte Erscheinung ist, so leichtartet sie aber auch zu Selbstüberhebung und romantischer Verklärung der Vergangenheit aus. Es ist deshalb auf das wärmste zu begreifen, daß uns jetzt von der Winterschen Universitätsbuchhandlung in Heidelberg ein umfassendes, wissenschaftliches, aber volkstümlich gehaltenes Geschichtswerk bescheidet wird, das in einer Reihe von Einzelabteilungen aus der Feder einer Fachgelehrten eine einheitliche Gesamtschau der altgermanischen Kultur nach dem heutigen Stande der Forschung und ein Bild ihres durch die Einwirkung fremder Einflüsse auf Recht, Glauben, Sprache und Kunst bedingten Wandels bringt. Wie die Völkergeschichte und Schönfärberei, sondern freige Sachlichkeit haben dieses fundamentale Gesamtwerk des germanischen Kulturlebens geschaffen, das wirklich ein Volkstuch zu werden verdient, weil es auch in der ungeheuren Wahrheit seiner wissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die die Bedeutung fremder Kultureinflüsse gerecht anerkennen, unser nationales Bewußtsein und die innere Festigkeit unserer Eigenkultur auf dem festen Grunde einer sicheren historischen Beweisführung zu fördern imstande sind. Der Herausgeber Hermann Zöllau und seine Mitarbeiter haben mit diesem Werk ihrem Volke einen wertvollen Dienst geleistet.

X.

Ein neues grundlegendes Buch über das Auslandsdeutschtum

Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland

VON

Dr. Fritz Wertheimer

251 Seiten

in geschmackvollem Halbleinenband
6,60 RM.

Es ist oft ein wahrer Heldenkampf, den die politischen Vertreter des Auslandsdeutschtums führen, jene Männer, die ihre Lebensarbeit an die Erhaltung und Pflege des abgegrenzten Volksteils außerhalb der Reichsgrenzen setzen, die oft erstaunliche Opfer an Gut und Blut bringen.

Sie alle muß die Heimat kennen. Wertheimer, der eminent rührige und kenntnisreiche Generalsekretär des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, schildert in seinem Buch die Persönlichkeiten; 40 mehr oder weniger umfassende biographische Skizzen stecken darin. Er schildert ihren Kampf und — erfreulicherweise — oft auch ihren Sieg. Darüber hinaus gibt das Buch über die Zahl und die Stärke der Deutschen in den Parlamenten in den Ländern rings um Deutschland herum genaueste Auskunft.

In Wertheimers Buch finden sich Tatsachen, so lückenlos und bedeutend, so zuverlässig und fesselnd, wie sie vielleicht in keiner der Schriften über das Thema „Auslandsdeutschtum“ der letzten 20 Jahre zu finden sind.

Zentral-Verlag G.m.b.H.
Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Das parlamentarische Wahlrecht

Dargestellt in den grundlegenden Bestimmungen
der wichtigsten Staaten

VON

Dr. H. A. Bernhard

96 Seiten und eine Übersichtstafel

Brotschirt Mark 2,50

Aus den ersten Presseurteilen:

„... Eine eingehende Literaturübersicht und eine gute Übersichtstafel am Schluß des Bandes erhöhen seinen Wert, der vor allem darin besteht, daß man fast alle wichtigsten Bestimmungen über das Wahlrecht der hauptsächlichsten Staaten hier handlich und bequem beisammen hat...“
„Göttinger Zeitung“.

„... So ist die Schrift vor allem wegen ihres Materialreichtums nur zu empfehlen und gehört in die Hand eines jeden, der sich mit den wichtigsten Problemen des Wahlrechts befaßt...“
„Der Herald“, Berlin.

„... Gebrängte Darstellungsweise und übersichtliche Anordnung des Stoffes macht es zu einem bequemen Speziallexikon für jeden politisch Interessierten, das die allgemeinen politischen Nachschlagewerke vorzüglich ergänzt...“
„Germania“, Berlin.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Potsdamer Straße 41.



Englisch wie ein Engländer

Spanisch wie ein Spanier, Russisch wie ein Russe usw. müssen Sie sprechen, schreiben u. lesen können, wenn Sie aus Sprachkenntnissen im Geschäft, auf Reisen usw. Nutzen ziehen wollen. — Dieser Ziel erreichen Sie unbedingt wenn Sie auf Grund der wertvollsten Unterrichtsbriefe nach der **Methode Toussaint-Longeneheid** lernen. Der Unterricht nach dieser Methode setzt weder Vorkenntnisse, jahres Schulbildung oder besondere Begabung voraus. Jeder kann danach lernen. Auch zur Auffrischung vorhandener Sprachkenntnisse ist die Methode Toussaint-Longeneheid der geeignetste Weg. — Schreiben Sie uns, für welche Sprache Sie Interesse haben. Wir haben uns bereit entschlossen, jeden Einmaler des nebenstehenden Abschnittes (als Druckzettel mit 2 Pf. frankiert) **ohne Probeduktion portofrei, kostenlos** und ohne irgendwelche Verbindlichkeit zuzusenden. — Zögern Sie daher nicht lange, sondern schreiben Sie unbedingt noch heute.

Ich ersuche um Zusendung der in „Heimatsdienst“ angebotenen Probeduktion der

Sprache, kostenlos, portofrei und unverbindlich.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung

(Prof. G. Langenscheidt) c. a. h. H., Berlin-Schöneberg
Rathstrasse 30-32

Gegründet im Jahre 1808

Name: _____

Raytel: _____

Ort u. Str. _____

Beethovens

100. Todestag am 26. März 1927

Zur Ausgestaltung der Beethoven-Feier

Lichtbildervorträge des Deutschen Lichtbild-Dienstes

Hundertjahrfeiern großer Meister und bedeutender Ereignisse sind in Deutschland zu einer stehenden Einrichtung geworden. Man kann über ihren Wert und Unwert streiten. Gewiß, gar manches ist daran oberflächlich und äußerlich. Aber ganz und gar nicht darf man die erzieherische Bedeutung solcher Gedenktage allzu gering einschätzen, namentlich, wenn es sich um echte Feiern, um ein ernsthaftes Gedenken, das auf Stunden oder Tage dem Alltag weit entrückt oder tief in ihn hineinklingt, handelt.

Beethovens 100. Todestag steht bevor. Dem Ohr wird zunächst und zumeist der Meister der Töne nahegebracht werden. Aber auch das Auge soll ihn schauen, wie er gelebt hat.

Wenn in abermals 100 Jahren ein deutscher Meister der Musik lebendig gemacht werden soll, dann wird vielleicht der Film diese Aufgabe übernehmen. Heute kann uns nur durch das Lichtbild Beethoven nahegebracht werden. Nur das Lichtbild? Nun, es bietet vielleicht dem sinnenden Betrachter mehr als der Film: das Äußere des Menschen, die Stätten, wo er geweiht, die Werke, die er geschaffen, die Denkmäler, die ihm gesetzt wurden, um nur einiges aus der Fülle der Bilder herauszugreifen, die wir bieten.

Der Deutsche Lichtbild-Dienst hat Lichtbilder in folgender Zusammenstellung herausgebracht:

LICHTBILDER

1. L 2464, Beethovens Leben und Lebenswerk,
60 Bilder mit Text v. Dr. A. Neisser . . M. 70,—
 2. L 2467, Beethoven und die Weltgeltung
der deutschen Musik, 50 Bilder mit Bild-
erläuterungen M. 60,—
 3. L 2468, Ludwig van Beethoven.
Kurze Feier-Serie mit 20 Diapositiven und
Bilderläuterungen M. 25,—
- Einzelbilder: Preis pro Bild M. 1,25

BILDBÄNDER

- DLD-Bildbänder Lf 2464, Beethovens Leben
und Lebenswerk, 60 Bilder mit Text . . M. 8,50
DLD-Bildband Lf 2467, Beethoven und die Welt-
geltung der deutschen Musik,
50 Bilder und Erläuterungen M. 7,50
DLD-Bildband L. 2468, Ludwig van Beethoven
mit 30 Bildern und Zwischentiteln . . M. 4,—
DLD-Bildband L. 2469, „Beethovenstätten am
Rhein und an der Donau“,
25 Bilder mit Zwischentiteln M. 3,—

Allgemeiner DLD-Katalog kostenlos!

Deutscher Lichtbild-Dienst G. m. b. H.

Berlin W 35

Potsdamer Str. 41